

Katharina Felder

# **Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung**

Masterthesis

---

Departement Soziale Arbeit  
Weiterbildung  
**ZHAW Zürcher Hochschule  
für Angewandte Wissenschaften**

Partizipation von  
Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung  
Katharina Felder  
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften  
Departement Soziale Arbeit Masterthesis  
ISBN-10:  
ISBN-13:

Alle Rechte vorbehalten  
© Zürcher Hochschule für Angewandte                      2009  
Wissenschaften, Winterthur

ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Departement Soziale Arbeit  
Auenstrasse 4, 8600 Dübendorf, [www.sozialearbeit.zhaw.ch](http://www.sozialearbeit.zhaw.ch)

# Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung



Katharina Felder  
Pestalozzistrasse 30  
8032 Zürich

"Solange man Partizipation als ein Mittel betrachtet, jemanden dazu zu bewegen, das zu tun, was man von ihm erwartet, wird sie nie befriedigende Ergebnisse zeitigen. Wirkliche Partizipation beruht auf Respekt."

(Lawrence Kohlberg)

## Abstract

In der Schweiz können viele Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihrer Herkunftsfamilie aufwachsen. Sie leben aufgrund behördlicher Interventionen oder auf freiwilliger Basis in verschiedenen Formen ausserfamiliärer Betreuung. Der Entscheid, dass es eine ausserfamiliäre Betreuung braucht, wird von Fachleuten oft ohne den Einbezug der betroffenen Kinder und Jugendlichen – und manchmal sogar mit nur geringem Einbezug der Sorgeberechtigten – gefällt. Dabei werden die unterschiedlichen Gefühle und Einstellungen gegenüber der geplanten Massnahme ausser Acht gelassen.

In der vorliegenden Arbeit widme ich mich der Fragestellung, ob und wie Kinder und Jugendliche sich am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung beteiligen können. Welche Möglichkeiten haben sie, ihre Wünsche und Interessen in den Prozess einzubringen, der für ihr Leben und ihre Zukunft so entscheidend ist?

In der Folge werde ich auf verschiedene Themen näher eingehen, die für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung relevant sind und letztlich einen Vorschlag für eine sinnvolle Partizipation ausarbeiten.

Ziel dieser Arbeit ist es, die Notwendigkeit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen aufzuzeigen, auf Mängel und Defizite hinzuweisen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln wie Kinder und Jugendliche einbezogen werden können und welche Möglichkeiten Fachpersonen haben, die geforderte Partizipation umzusetzen.

# Inhaltsübersicht

VORWORT .....	3
1 EINLEITUNG .....	4
2 PLATZIERUNG IN EIN HEIM ODER IN EINE PFLEGEFAMILIE .....	6
2.1 UN-Kinderrechtskonvention.....	6
2.2 Strukturen und rechtliche Rahmenbedingungen der Jugend- und Familienhilfe in der Schweiz .....	7
2.3 Strukturen und rechtliche Rahmenbedingungen der Jugend- und Familienhilfe im Kanton Zürich.....	8
2.4 Gründe für eine Fremdplatzierung.....	9
2.5 Platzierung als Eingriff in das Familiensystem.....	11
2.6 Der Indikationsprozess.....	12
2.7 Partizipation bei der Massnahmeplanung im Platzierungs- prozess heute.....	13
3 KINDESWOHL UND KINDESWILLE .....	17
3.1 Kindeswohl.....	17
3.2 Kindeswille .....	19
3.2.1 Stadien der Willensbildung.....	19
3.2.2 Alter des Kindes und Wille .....	20
3.2.3 Induzierter und selbstgefährdender Kindeswille .....	20
3.2.4 Diagnostik des Kindeswillens .....	22
3.2.5 Umgang mit dem Kindeswillen .....	23
3.3 Spannungsfeld zwischen Kindeswohl und Kindeswille .....	23
4 PARTIZIPATION VON KINDERN UND JUGENDLICHEN .....	24
4.1 Definition von Partizipation.....	24
4.2 Partizipation und Pädagogik .....	25
4.3 Voraussetzung für Partizipation.....	26
4.4 Merkmale für eine gelungene Partizipation.....	27
4.5 Was spricht für Partizipation? .....	28
4.6 Spannungsfeld zwischen Partizipation und Kindeswohl .....	28
5 ENTWICKLUNGSPSYCHOLOGISCHE GRUNDLAGEN UND URTEILSFÄHIGKEIT .....	29
5.1 Entwicklungspsychologische Grundlagen.....	29
5.1.1 Kognitive Entwicklung .....	29
5.1.2 Sprachentwicklung .....	33
5.1.3 Entwicklungspsychologische Grundlagen und Partizipation .....	34
5.2 Urteilsfähigkeit.....	35

6	QUALITY4CHILDREN .....	35
6.1	Standard 1: Das Kind und seine Herkunftsfamilie werden während des Entscheidungsprozesses unterstützt .....	36
6.2	Standard 2: Das Kind wird befähigt am Entscheidungsprozess teilzunehmen.....	37
6.3	Standard 3: Ein professionell gestalteter Entscheidungsprozess stellt die bestmögliche Betreuung für das Kind sicher.....	37
7	PARTIZIPATION VON KINDERN UND JUGENDLICHEN AM INDIKATIONSPROZESS ZUR FREMDPLATZIERUNG.....	38
7.1	Vorschlag für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess .....	38
7.1.1	Kontaktaufnahme zum Kind .....	39
7.1.2	Setting.....	41
7.1.3	Gesprächsführung.....	42
7.1.4	Umgang mit der vom Kind geäußerten Meinung .....	45
7.1.5	Platzierung gegen den Willen von Eltern und/oder Kind .....	46
7.1.6	Notfallplatzierung .....	47
7.1.7	Kontrollfunktion der Vormundschaftsbehörde.....	47
7.2	Beitrag der zuständigen Fachperson .....	48
7.3	Grenzen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess.....	50
8	SCHLUSSFOLGERUNG .....	51
8.1	Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis.....	51
8.2	Weiterführende Schritte .....	53
8.3	Fazit.....	54
9	PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG ZUR MASTERTHESIS.....	55
	LITERATURHINWEISE .....	56
	VERZEICHNIS VON TABELLEN .....	58
	ANHANG	
1	Vollständige Ausformulierung der UN-Kinderrechte, auf welche in dieser Arbeit Bezug genommen wird .....	59

## Vorwort

Vom Staat angeordnete Massnahmen wurden in früheren Zeiten kaum angezweifelt. Den Behörden wurde attestiert, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln und in Familien, die nicht den bürgerlichen Ordnungs- und Sauberkeitsvorstellungen entsprachen zum „Wohl“ des Kindes richtige Entscheide zu fällen. Von sich reden machte in diesem Zusammenhang das Projekt „Kinder der Landstrasse“, bei welchem bis 1972 in der Schweiz rund 600 Kinder aus ihren Familien herausgenommen und in Heimen fremdplatziert wurden (Leimgruber et al., 1998, S. 7). Heute stehen wir in Bezug auf die Allmachtsstellung des Staates an einem anderen Punkt. Dennoch werden immer noch viele Kinder und Jugendliche platziert, ohne sie vorher danach zu fragen, welche Ängste sie plagen und was sie sich wünschen würden. Dabei geht nur zu oft vergessen, dass eine Fremdplatzierung für Kinder oder Jugendliche auch eine Trennung von ihren Eltern bedeutet, die – selbst wenn es auch entlastend ist – mit Traurigkeit, Verletztheit und für Kinder fast immer mit Entbehrungen verbunden ist. Auch wenn ich als Fachfrau der sozialen Arbeit Notwendigkeit und Vorzüge von Fremdplatzierungen erkenne, so konnte ich erst erahnen was das Trennen von Familien für die Betroffenen heisst, seit ich selber Kinder habe.

Das erste Mal hatte ich mich mit dem Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Rahmen einer Zertifikationsarbeit auseinandergesetzt, welche die Situation von Kindern und Jugendlichen im Scheidungsprozess ihrer Eltern genauer beleuchtete. Gemäss der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder in jeder Lebenslage ein Mitspracherecht in Angelegenheiten, die sie persönlich betreffen. Sei es nun in einem Scheidungsverfahren der Eltern oder im Rahmen einer Fremdplatzierung, die Lebensrealität der Kinder ändert sich dabei entscheidend und dies hat einen Einfluss auf ihr Wohlbefinden. Die Frage, wie Kinder in einen für sie so einschneidenden Entscheidungsprozess eingebunden werden können, ohne sie dabei zu überfordern, beschäftigt mich. Diese Masterthesis gibt mir die Gelegenheit, mich mit dieser Frage auseinanderzusetzen und nach Möglichkeiten zu suchen, welches mein Beitrag dazu in meiner Rolle als Sozialarbeiterin in einer Jugend- und Familienberatung sein kann.

Ganz herzlich danke ich Sandra Stössel für ihre Unterstützung, ihre Motivation und ihre inspirierenden Ratschläge, die ich während dem Verfassen dieser Arbeit jederzeit erfahren durfte. Besonders danken möchte ich aber meiner Familie, die mich auf meinem Weg zum Master all die Jahre durch Tiefen und Höhen unterstützend begleitet hat.



# 1 Einleitung

Heutzutage wird es zunehmend als gesellschaftliche Verpflichtung anerkannt, dass Kinder und Jugendliche als Akteure und Akteurinnen in die Entwicklung der Gesellschaft und insbesondere in die Gestaltung ihrer persönlichen Gegenwart und Zukunft miteinbezogen werden müssen. Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist dementsprechend in den letzten Jahren zu einem Thema geworden, das immer mehr Interesse und Aufmerksamkeit erhält. Im öffentlichen Rahmen werden erste Erfahrungen mit Partizipationsmodellen wie z.B. dem Kinder- und Jugendparlament oder dem Schüler- bzw. Schülerinnen-Rat gemacht. Insofern erhält auch die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation im Zuge der Fremdplatzierung ein immer grösseres Gewicht.

Die Platzierung eines Kindes oder eines Jugendlichen in ein Heim oder in eine Pflegefamilie ist oft die letzte in einer Reihe von Massnahmen, welche umgesetzt werden um Spannungen und Probleme innerhalb einer Familie bewältigen zu können. Fremdplatzierungen haben einschneidende Konsequenzen für die direkt Betroffenen und erfordern deshalb im Interesse des Kindeswohls eine sorgfältige Vorbereitung und Begleitung durch Fachpersonen in der Sozialen Arbeit. Gemäss Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention sichern die Vertragsstaaten dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen Angelegenheiten, die das Kind berühren, frei zu äussern. Zudem verpflichten sie sich, diese Meinung dem Alter und der Reife des Kindes entsprechend zu berücksichtigen. Es ist deshalb wichtig, dass sich Kinder und Jugendliche in den Prozess, der zu einer Fremdplatzierung führt, einbringen können mit ihren Vorstellungen, Ängsten und Wünschen. Bei der Umsetzung in die Praxis bestehen in der Schweiz diesbezüglich erhebliche Defizite. Die Jugendhilfe wie auch das Schul- und Sozialwesen gehören in den Zuständigkeitsbereich der Kantone. Dies hat zur Folge, dass in der Schweiz landesweit, aber auch in den einzelnen Kantonen, verbindliche Vorgaben und Instrumente fehlen, die die Planung einer ausserfamiliären Platzierung und die Beachtung anerkannter Regeln der Partizipation von Kindern und Jugendlichen unterstützen könnten.

Dabei sind für mich in diesem Zusammenhang folgende Fragen wesentlich:

- Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit sich Kinder und Jugendliche im Rahmen von Kinderschutz und Fremdplatzierung am Entscheidungsprozess beteiligen können?
- Welchen Beitrag können Fachpersonen leisten, damit es Kindern und Jugendlichen möglich ist, sich aktiv an der Hilfeplanung zu beteiligen?

- Inwieweit ist die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung möglich und wo stösst sie an Grenzen?

In der vorliegenden Arbeit werde ich mich in einem ersten Teil den UN-Kinderrechten, den rechtlichen Rahmenbedingungen der Jugend- und Familienhilfe in der Schweiz sowie der gängigen Praxis in Bezug auf den Prozess zu einer Fremdplatzierung widmen. Des Weiteren werde ich das Spannungsfeld zwischen Kindeswohl und Kindeswillen beleuchten und näher auf das Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft eingehen. Zudem werde ich das Projekt Quality4Children vorstellen und davon diejenigen Standards näher beleuchten, welche in Bezug auf den Indikationsprozess zur Fremdplatzierung massgebend sind.

Diese Arbeit hat zum Ziel, Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Indikationsprozess zur Fremdplatzierung aufzuzeigen und dementsprechend eine Empfehlung für eine sinnvolle – unter vorrangiger Berücksichtigung des Kindeswohls ausgestaltete – Partizipation auszuarbeiten. Des Weiteren soll aufgezeigt werden, welche Defizite die gängige Praxis der Kinder- und Jugendhilfe im Kanton Zürich aufweist und nach daraus resultierenden Schritten gefragt werden.

Für die Bearbeitung obgenannter Themen werde ich mich vorwiegend auf Fachliteratur und bereits erhobene empirische Studien abstützen sowie meine beruflichen Erfahrungen aus der Praxis einfließen lassen.

In einer Bundesgerichtsentscheid (BGE 131III 553) wurde festgelegt, dass die Anhörung von Kindern ab dem 6. vollendeten Altersjahr oder unter besonderen Umständen ausnahmsweise schon früher durchzuführen sei (in Scheidungs-, Eheschutzverfahren und Verfahren über die vorsorgliche Massnahme). Dementsprechend werde ich mich in der vorliegenden Arbeit auf Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren beschränken. Den Einbezug von kleineren Kindern (unter 6 Jahren) in Entscheidungsprozesse, die sie persönlich betreffen, erachte ich ebenfalls als dringend notwendig. Es würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen, zusätzlich auch auf theoretische Erkenntnisse und deren Umsetzung in Bezug auf Kleinkinder näher einzugehen. Ebenfalls nicht eingeschlossen in diese Arbeit ist die spezifische Situation von Kindern mit einer Behinderung. Der Einfachheit halber erwähne ich Kinder und Jugendliche nicht immer explizit. Die Aussagen sollen aber – mit Ausnahme von speziellen Vermerken – für beide Altersgruppen gleichermassen gültig sein.

## 2 Platzierung in ein Heim oder in eine Pflegefamilie

Ausserfamiliäre Platzierungen als Massnahmen der Kinder- und Jugendhilfe sind rückläufig. Die Jugendbewegung in den 68er-Jahren hat auch in der Schweiz das Interesse an Alternativen zur klassischen Heimerziehung geweckt. Blülle (1996, S. 7) wies schon 1996 darauf hin, dass sich die Zahl der Heimplätze im Kanton Zürich in den vergangenen zwanzig Jahren um rund einen Drittel reduziert hatte. Heute gibt es in der stationären Kinder- und Jugendhilfe zwischen der klassischen Familie und dem Heim als Institution eine Vielzahl von Zwischen- und Mischformen (Sozialpädagogische Wohngemeinschaften, betreute Wohnangebote für Jugendliche, Pflegefamilien etc.) (Arnold et al., 2008, S. 18). Eine Platzierung in eine Institution – sei dies in eine Pflegefamilie oder in ein Heim – ist für eine Familie immer mit grossen, oftmals zukunftsweisenden Veränderungen verbunden.

### 2.1 UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK)

Zu den allgemeinen Menschenrechten der Vereinten Nationen, die nach Ende des zweiten Weltkrieges entwickelt worden sind, wurden in Anbetracht der Situation für „das Kind, das wegen seiner mangelnden körperlichen und geistigen Reife besonderen Schutzes und besonderer Fürsorge, insbesondere eines angemessenen rechtlichen Schutzes vor und nach der Geburt bedarf“ (Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1989, Präambel) spezielle kinderspezifische Rechte formuliert, welche auf vier Grundprinzipien basieren (vgl. Anhang 1):

- Recht auf Gleichbehandlung (Art. 2)
- Prinzip der vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohls (Art. 3)
- Recht auf Leben, Überleben und Entwicklung (Art. 6)
- Berücksichtigung der Meinung und des Willen des Kindes (Art. 12)

(Arnold et al., 2008, S. 23)

Bezug nehmend auf eine Fremdplatzierung ist grundsätzlich zu sagen, dass – gestützt auf Art. 18 – die Verantwortung der Erziehung des Kindes in erster Linie beiden Eltern gemeinsam obliegt, und es Pflicht des Staates ist, die Eltern bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Kommen Eltern oder andere verantwortliche Personen ihrer Erziehungspflicht nicht nach, so – gemäss Art. 3 – hat der Staat den notwendigen Schutz und die notwendige Fürsorge für das Wohlergehen des Kindes sicherzustellen, wobei das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen ist.

Im Zusammenhang mit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei einem Fremdplatzierungsprozess sind vor allem nachstehend erläuterte Artikel von Bedeu-

tung. Gemäss Art. 9. Abs. 2 ist allen Beteiligten die Gelegenheit zu geben, am Verfahren teilzunehmen und ihre Meinung zu äussern. Des Weiteren sichern die Vertragsstaaten – gestützt auf Art. 12 – dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung zu allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äussern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, dass das Kind ein Recht darauf hat – ungeachtet der Staatsgrenzen – Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck zu beschaffen, zu empfangen und weiter zu geben (Art. 13).

Da die Schweiz die UN-Kinderrechtskonvention 1997 ratifiziert hat, gelten die Kinderrechte auch für das Schweizer Recht als oberste Maxime. Die Umsetzung ist noch nicht auf allen Ebenen erfolgt. So ist das Beteiligungsrecht von Kindern und Jugendlichen in Bereichen, von denen sie betroffen sind, noch keine Selbstverständlichkeit.

## 2.2 Strukturen und rechtliche Rahmenbedingungen der Jugend- und Familienhilfe in der Schweiz

Das Schul- und Sozialwesen wie auch die Jugendhilfe fallen in der Schweiz traditions-gemäss in den Zuständigkeitsbereich der Kantone. Dem Grundsatz des Föderalismus ganz treu, sind dementsprechend Strukturen und Rahmenbedingungen von Kanton zu Kanton verschieden. Dies hat den grossen Nachteil, dass die Umsetzung der eidgenössischen Gesetzgebung unter den Kantonen keinen einheitlichen Nenner findet.

Der Bund – als oberste Instanz – garantiert eine Reihe von Grundrechten wie den Anspruch von Kindern und Jugendlichen auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung, das Recht auf Hilfe in Notlagen und den Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht (Arnold et al., 2008, S. 23).

Im Vordergrund steht jedoch die Verantwortung der Eltern. Bund und Kantone sind – gestützt auf das Subsidiaritätsprinzip – eher zurückhaltend in Bezug auf das Eingreifen in familiäre Angelegenheiten. Nebst den Vorgaben der Bundesverfassung setzt das Schweizerische Zivilgesetzbuch (ZGB) landesweite Rechtsnormen hinsichtlich des privatrechtlichen Kindesschutzes. Aufgaben und Befugnisse der Kantone, der kommunalen Vormundschafts- und Schulbehörden sowie der Institutionen der Jugendhilfe in der rechtlichen Ausgestaltung und Umsetzung des Kindesschutzes werden im ZGB anhand weniger Vorgaben festgelegt. Deren Ausgestaltung regelt jeder Kanton in seinen Vollzugsgesetzen individuell (Arnold et al., 2008, S. 51).

## 2.3 Strukturen und rechtliche Rahmenbedingungen der Jugend- und Familienhilfe im Kanton Zürich

Für die Umsetzung von Fremdplatzierungen als zivilrechtliche Kindesschutzmassnahme – neben der freiwilligen Fremdplatzierung und jener durch die Schulbehörde – sind im Kanton Zürich hauptsächlich die Vormundschaftsbehörden in Zusammenarbeit mit den Jugend- und Familienberatungen des Kantons sowie den Sozialzentren der Stadt Zürich zuständig. Als gesetzliche Grundlage dienen auf der nationalen Ebene das ZGB und auf der kantonalen Ebene die Vollzugsgesetze (wie z.B. das Jugendhilfegesetz des Kantons Zürich).

Das kantonale Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) organisiert und koordiniert die Kinder- und Jugendhilfe in elf Bezirken des Kantons und gehört der Bildungsdirektion an (Studer, 2008, S. 4 ff.). Im Zuge der Verwaltungsreformen wurden in den letzten Jahren die elf Bezirkseinheiten zu vier grösseren Jugendhilferegionen zusammengeschlossen. Diese sind unterteilt in verschiedene Fachbereiche wie z.B. den Fachbereich Familie/Jugend, Berufsberatung, Alimentenhilfe und Elternbildung. Nebst der Zuständigkeit des Kantons gibt es ergänzende Angebote von Gemeinden oder privaten Trägerschaften, die relevante Teile der öffentlichen Jugendhilfe organisieren. Laut Jugendhilfegesetz kann die Jugend- und Familienhilfe auch an Gemeinden delegiert werden. So hat die Stadt Zürich (der 12. Bezirk) als bevölkerungsreichste Gemeinde des Kantons eigene Jugendhilfestrukturen geschaffen und verschiedene soziale Dienstleistungen und Angebote in polyvalenten Sozialzentren zusammengefasst. Fünf Sozialzentren sind für die Versorgung in ihrer Region zuständig. In den einzelnen Jugend- und Familienberatungsstellen der kantonalen Jugendhilferegionen wie auch in den Sozialzentren der Stadt Zürich arbeiten qualifizierte Fachkräfte (Sozialarbeiter bzw. Sozialarbeiterinnen mit Fachhochschulabschluss oder gleichwertiger Ausbildung). Sowohl die Jugend- und Familienberatungen wie auch die Sozialzentren der Stadt Zürich sind unter anderem für die zivilrechtlichen Platzierungen in Pflegefamilien und Heime zuständig. Es ist die Aufgabe der Fachkräfte dieser beiden Institutionen, bei der zuständigen Vormundschaftsbehörde einen begründeten Antrag für eine Fremdplatzierung einzureichen (sind die Eltern mit einer Platzierung einverstanden, braucht es nicht zwingend einen Beschluss der Vormundschaftsbehörde). Der Entscheid über eine zivilrechtliche Kindesschutzmassnahme fällt die kommunale Vormundschaftsbehörde. Vormundschaftsbehörden sind im Kanton Zürich – wie in der ganzen deutschen Schweiz – mehrheitlich kommunal. Für den Einsitz in diese Behörde ist fachliches Wissen in der Regel keine Voraussetzung. Es handelt sich also mehrheitlich um Laienbe-

hörden, die im Milizsystem funktionieren. Zatti (2005, S. 33) bemängelt das zum Teil fehlende Fachwissen nicht zu Unrecht, sind doch Entscheidungen von Vormundschaftsbehörden im Zusammenhang mit Fremdplatzierungen für den Lebenslauf eines betroffenen Kindes und die Zukunft seiner Familie von grosser Bedeutung. Problematisch ist letztlich auch die Tatsache, dass die gleichen Personen über Kindesschutzmassnahmen und Fremdplatzierungen von Kindern entscheiden, welche auch die finanzielle Kostengutsprache für diese Massnahme sprechen müssen. Dies führt vor allem in kleineren Gemeinden zu einem Spannungsfeld zwischen dem Spardruck und den im Sinne des Kindeswohls notwendigen Umsetzungen von Massnahmen. Für die Fremdplatzierung im Rahmen eines Jugendstrafverfahrens sind die einzelnen Jugendanwaltschaften als Organe der Jugendstrafrechtspflege, welche der Justizdirektion des Kantons Zürich unterstellt sind, zuständig (Arnold et al. 2008, S. 53). Entscheidungen in Bezug auf eine Fremdplatzierung übernimmt in diesem Fall das Jugendgericht in Form einer ausgesprochenen Sanktion. Die Jugendstaatsanwaltschaft als vorgesetzte Instanz führt die Jugendstrafrechtspflege in fachlicher, finanzieller sowie personeller Hinsicht.

## 2.4 Gründe für eine Fremdplatzierung

Eine Fremdplatzierung ist meistens die letzte Massnahme nach verschiedenen Versuchen, Spannungen und Probleme in einer Familie bewältigen zu können. Einerseits gibt es die so genannt freiwillige Platzierung, bei welcher sich die Eltern wie auch das betroffene Kind mit einer Platzierung einverstanden erklären. Das ZGB sieht mit Art. 310 jedoch auch vor, das Kind bei dessen Gefährdung den Eltern gegen deren Willen wegzunehmen und in angemessener Weise unterzubringen. Die gleiche Anordnung trifft die Vormundschaftsbehörde auf Begehren der Eltern oder des Kindes, wenn die Beziehung so schwer gestört ist, dass ein Verbleiben des Kindes im gemeinsamen Haushalt unzumutbar ist. In Bezug auf die Partizipation von Kindern an der Hilfeplanung macht es jedoch keinen grossen Unterschied, ob die Platzierung freiwillig erfolgt oder ob es sich um einen Obhutsentzug handelt. Es ist in beiden Situationen unabdingbar, das Kind und die Sorgeberechtigten an der Hilfeplanung partizipieren zu lassen.

Blülle (1996, S. 9) beschreibt vier vereinfachte Gruppen von Ausgangssituationen, die zu einer Fremdplatzierung führen. Diese Gruppen unterscheiden sich einerseits darin, wie sich die Probleme manifestieren, aber sie geben vor allem auch Aufschluss dar-

über, wie die einzelnen Problemlagen gesellschaftlich wahrgenommen und bewertet werden.

- *Es besteht ein Defizit an erzieherischer / elterlicher Kompetenz*

Hierbei handelt es sich um eine Auswirkung seitens der Eltern auf das Kind. Das Kind wird z.B. vernachlässigt, körperlich und/oder psychisch misshandelt oder die Eltern sind mit den allgemeinen Erziehungsaufgaben überfordert. Im gesellschaftlichen Bewusstsein erfahren diese Situationen eine moralische Bewertung. Die Kinder werden primär als Opfer ihrer Eltern verstanden, was Fachpersonen zum Teil zu unreflektierten „Rettungsaktionen“ verleitet. Dies birgt die Gefahr in sich, dass die Eltern in ihrer Verletzung übergangen werden. Das fremdplatzierte Kind entwickelt Schuldgefühle und gerät in einen Loyalitätskonflikt zwischen der Herkunftsfamilie und der zugewiesenen Institution.

- *Das Kind zeigt ein deviantes Verhalten*

In diesen Situationen zeigt das Kind ein auffälliges Verhalten, sei das im sozialen Kontakt oder aber auch in der Schule. Auch diese Situationen werden oftmals moralisch bewertet und die Frage nach Schuld und Verantwortung bekommt eine grosse Bedeutung. Schuld ist dabei primär das Kind, aber auch die Eltern erfahren oftmals eine Schuldzuschreibung.

- *Die elterlichen Erziehungsmöglichkeiten sind eingeschränkt (bei vorhandenen elterlichen Kompetenzen)*

Dies sind in erster Linie Einelternfamilien, in denen Vater oder Mutter gezwungen sind, aus wirtschaftlichen Gründen einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, Eltern mit einer Krankheit (insbesondere psychische Krankheiten oder Suchtkrankheiten) oder unzureichende Einkommens- und Wohnverhältnisse (Armut). Bei dieser Gruppe wird die soziale Lage oft zu schnell als kaum beeinflussbare Realität wahrgenommen und allfällige Veränderungsmöglichkeiten werden unterschätzt.

- *Das Kind ist körperlich oder geistig behindert*

Gesellschaftlich gesehen wird in diesem Fall das Kind als Patient verstanden, und die Eltern als Schicksalsträger, die die Last tragen, ein besonders schwieriges und/oder pflege- oder kontrollbedürftiges Kind erziehen zu müssen. In diesem Fall leiden die Kinder oftmals darunter, ihren Eltern eine Last zu sein und sie haben den Eindruck, nicht so geliebt zu werden wie ihre „gesunden“ Geschwister.

In der Praxis lässt sich selten ein Fall deutlich nur einer Gruppe zuordnen, sondern weist eine hohe Komplexität auf. Allerdings betont Blülle (1996, S. 12), dass trotzdem Zuordnungen in einzelne Gruppen vorgenommen werden und dies auch so sein soll. Erstens ist es fassbarer, komplexe Probleme in einem einzigen – meist dem vordergründigsten – Bezugsrahmen zu beschreiben, als in der Vielfalt der verschiedenen Wirklichkeiten. Zweitens werden die Zugänge zu Lösungsangeboten erst über relativ eindeutige Problemzuordnungen ermöglicht. Gemeinsam ist all diesen Gruppen, dass das Verhältnis von Erziehungskraft und Erziehungslast nicht ausgeglichen ist. Aus diesem Grund zielen Lösungen auf Entlastung und/oder Stärkung der Erziehenden ab und versuchen die Erziehungslast durch Förderung, Behandlung und eventuellen Schutz des Kindes zu vermindern (Blülle, 1996, S. 12).

## 2.5 Die Platzierung als Eingriff in das Familiensystem

Die Familie und das weitere soziale Umfeld sind wichtige Faktoren für die emotionale und physische Entwicklung eines Kindes. Gemäss Art. 7 Abs. 1 und Art. 9 der UN-Kinderrechtskonvention hat denn auch jedes Kind primär ein Anrecht darauf, bei seinen Eltern zu leben und durch diese betreut zu werden. Ist ein solches Zusammenleben nicht (mehr) vereinbar mit dem Kindeswohl, sind die Eltern nicht in der Lage die Situation zu verbessern und greifen weniger einschneidende Massnahmen zu wenig weit, macht es Sinn, die Möglichkeit einer Fremdplatzierung zu überprüfen. Auch wenn zum Schutz eines Kindes eine Fremdplatzierung angezeigt ist, bedeutet ein solcher Schritt immer einen einschneidenden Eingriff in das Familiensystem. Eltern erleben das behördliche Herausnehmen ihres Kindes aus der Herkunftsfamilie oft als eine schwere Kränkung, weil es in der Regel bedeutet, dass sie ihrer Elternpflicht nicht oder nicht genügend nachkommen. Es ist für sie darum schwierig, zu akzeptieren, dass ihr Kind platziert wird. Selbst wenn sie am Rande ihrer Kräfte sind und eine Fremdplatzierung ihres Kindes eine Entlastung bedeutet, überwiegt das ungute Gefühl, versagt zu haben und letztlich das Kind im Stich zu lassen und schlechte Eltern zu sein. Das Kind ist mit neuen Personen, Wohnformen und einem neuen Wohnort konfrontiert und muss sich danach orientieren. All die kleinen Alltagsgewohnheiten und Rituale, die das familiäre Zusammenleben ausmachen und dem Kind Geborgenheit und Sicherheit vermitteln, bleiben nun aus. Die Einschätzung der Lebenssituation eines Kindes im Vorfeld einer Platzierung darf sich deshalb nicht auf dessen persönliche Situation beschränken. Es empfiehlt sich eine systemische Betrachtungsweise, welche die Ressourcen und Belastungen der Familie und ihres sozialen Umfeldes berücksichtigt (Arnold et al.,



2008, S. 84). Ebenso wichtig ist es, sorgfältige Abklärungen zu treffen, um gute, erhaltenswerte Beziehungen durch die Massnahme nicht zu gefährden, dem Kind wenn nötig aber Schutz vor ausbeuterischen, die Entwicklung schädigenden Beziehungen aller Art zu bieten (Arnold et al., 2008, S. 82).

## 2.6 Der Indikationsprozess

Bis es also zur Fremdplatzierung kommt, ist es notwendig, im Vorfeld Abklärungen zu treffen und die Massnahme zu planen. Zur Klärung möchte ich in der Folge kurz erläutern, was ich genau unter dem Indikationsprozess verstehe und wo er in der gesamten Massnahmenplanung meines Erachtens anzusiedeln ist. Cassée (2007, S. 65) beschreibt das Zyklusmodell, wonach der Hilfeprozess von der Anmeldung bis zur Evaluation eher einem Zyklus gleicht als einem linearen Prozess. Erfordert es die Situation können einzelne Schritte des Diagnoseprozesses zu einem späteren Zeitpunkt wiederholt werden und führen somit zu einer aktuellen Bestandesaufnahme der Situation, in der sich die Familie befindet (im Sinne einer Verlaufsdia gnose). Dies ist vor allem dann wichtig, wenn der Fremdplatzierung andere Lösungsversuche voran gegangen sind (was häufig vorkommt), welche offenbar nicht den erwünschten Erfolg gezeigt haben. Mit der aktuellen Diagnose ist die Problemstellung der Familie erfasst. Der Abschluss der diagnostischen Phase führt zur Indikation. Cassée (2007, S. 135) unterscheidet die Indikation vom Hilfekonzept. Demnach ist das Hilfekonzept eine Bündelung von Ideen, mit welchen Mitteln und Massnahmen den Belastungen, welche zum Hilfebedarf geführt haben, effektiv entgegengetreten werden kann. Der Entscheidungsprozess, welcher zur Wahl einer der vorgeschlagenen Massnahmen führt, ist der Indikationsprozess. Die Indikation ist die begründete Wahl einer Massnahme, die Gestalt annimmt in Form von einem genauen Setting, wo und wie die Leistung zu erbringen ist (Cassée, 2007, S. 135). Insofern ist mit dem Indikationsprozess zur Fremdplatzierung jener Abschnitt in der gesamten Hilfeplanung gemeint, in welchem nebst anderen auch die Fremdplatzierung als mögliche Massnahme vorhanden ist und in einem Prozess von Erwägungen entschieden werden muss, ob eine Fremdplatzierung angestrebt werden soll oder ob ein anderes Unterstützungsangebot (z.B. Sozialpädagogische Familienbegleitung) bevorzugt wird.

## 2.7 Partizipation bei der Massnahmeplanung im Platzierungsprozess heute

Einer Fremdplatzierung gehen fast immer andere Lösungsversuche voraus wie z.B. Therapien, sozialpädagogische Familienbegeleitung und Abklärungen innerhalb der Herkunftsfamilie. Haben all diese Massnahmen den erwünschten Erfolg nicht gebracht, so wird eine Fremdplatzierung in Betracht gezogen, wobei es die Aufgabe der zuständigen Fachperson ist, alle Beteiligten in die Massnahmeplanung mit einzubeziehen. Dabei ist die Haltung der zuständigen Fachperson gegenüber der Partizipation von Eltern und Kindern am Platzierungsverfahren von äusserster Wichtigkeit. Arnold et al. (2008) ging im Rahmen einer Nationalfondsstudie zum Thema Fremdplatzierung unter anderem der Frage nach, wie sehr Eltern und Kinder in die Hilfeplanung zu einer Fremdplatzierung miteinbezogen werden. Gemäss einer Befragung unter Sozialarbeitenden zeigte sich, dass diese den Einbezug der Eltern als sehr wichtig einschätzten. Obwohl sogar ein Teil der Befragten den Konsens der Eltern als Bedingung für eine gelingende Platzierung bezeichnete (Arnold et al., 2008, S. 63) fühlen sich gemäss der Studie längst nicht alle Eltern miteinbezogen. Es ist jedoch zu beachten, dass psychische Krankheiten, Drogen- und Alkoholprobleme sowie die prinzipielle Ablehnung von Kinderschutzmassnahmen seitens der Eltern die Partizipation erheblich erschweren können.

Hingegen löste die Frage nach einem Einbezug von Kindern und Jugendlichen in die Hilfeplanung bei einer Fremdplatzierung weit kontroversere Reaktionen aus. Es herrschte Einigkeit darüber, dass eine optimale Beteiligung von Kindern altersabhängig sei (Arnold et al., 2008, S. 64). Zudem bestand nach Meinung der befragten Fachpersonen die Befürchtung, dass Kinder und Jugendliche durch eine Mitsprache- und Wahlmöglichkeit überfordert sein könnten. Kinder und Jugendliche stellen für viele Sozialarbeitende keine bedeutenden „Verhandlungspartner bzw. Verhandlungspartnerinnen“ dar mit eigenen Rechten und Ansprüchen (Arnold et al., 2008, S. 112 ff.). Dies belegen auch die Resultate der Studie (vgl. Tab. 1).

**Tabelle 1: Einbezug der Kinder und Jugendlichen in die Entscheidung über die Platzierung aus Sicht der Sozialarbeitenden**

	kein Einbezug		Einbezug mittlerer Intensität*		Einbezug hoher Intensität**		gültige Antworten
	Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%	
Sicht der Sozialarbeitenden	22	59,5	9	24,3	6	16,2	37

Legende \* Es hat ein Einbezug stattgefunden, z.B. in Form von Gesprächen. Es gab aber keine Hinweise auf einen Einbezug in Entscheidungen.  
 \*\* Es gibt klare Hinweise auf Einbezug in Entscheidungen.

(Arnold et al., 2008, S. 113)

Lediglich rund 40 Prozent der Kinder waren in die für sie bedeutsame Entscheidung über eine Platzierung einbezogen worden, wovon weniger als die Hälfte davon entscheidend hatte mitwirken können.

Dabei spielt das Alter von Kindern und Jugendlichen aus Sicht der Fachpersonen eine nicht unwesentliche Rolle. Je jünger die Kinder sind, desto anspruchsvoller und aufwändiger ist es, herauszufinden welches ihre Wünsche und Ängste sind (Arnold et al., 1008, S. 114). Angesichts fehlender Vorgaben zur Partizipation von Kindern an wichtigen Entscheidungen sind die persönliche Einstellung der Fachperson wie auch die strukturellen Gegebenheiten von zentraler Bedeutung in Bezug auf das Mitwirken von Kindern und Jugendlichen in der Massnahmeplanung (vgl. Tab. 2).

**Tabelle 2: Einbezug der Kinder in den Platzierungsentscheid in Abhängigkeit vom Alter**

Intensität der Partizipation aus Sicht der Sozialarbeitenden	Alter				Total
	6 bis 12 Jahre		13 bis 18 Jahre		
	Fälle	%	Fälle	%	
kein Einbezug	16	84,2	6	33,3	22
Einbezug mittlerer Intensität*	3	15,8	6	33,3	9
Einbezug hoher Intensität**	0	0	6	33,3	6
Total	19		18		37

Legende \* Es hat ein Einbezug stattgefunden, z.B. in Form von Gesprächen. Es gab aber keine Hinweise auf einen Einbezug in Entscheidungen.  
\*\* Es gibt klare Hinweise auf den Einbezug in Entscheidungen.

(Arnold et al., 2008, S. 115)

In Bezug auf den Wissensstand der Kinder über eine Fremdplatzierung waren von den in der Studie befragten 32 Kindern lediglich 20 über die Gründe der Platzierung und die voraussichtliche Dauer des Aufenthalts informiert worden (vgl. Tab. 3). Rund einem Drittel fehlten also zentrale Informationen, die sie selber betrafen, und damit fehlte auch die Voraussetzung, sie für eine gemeinsame Lösung zu motivieren (Arnold et al.,

2008, S. 105).

*Tabelle 3: Wissensstand der Kinder in Abhängigkeit vom Alter*

Waren die Kinder über die Gründe der Platzierung informiert?	Alter				Total
	6 bis 12 Jahre		13 bis 18 Jahre		
	Fälle	%	Fälle	%	
Ja-Antworten	7	46,7	13	76,5	20
Nein-Antworten	8	53,3	4	23,6	12
Total	15		17		32

(Arnold et al., 2008, S. 106)

Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen, die Platzierungsgründe nennen konnten, schrieben sich die Schuld an den Problemen selber zu und drückten damit ein Gefühl aus, in ihrer Familie oder in der Schule gescheitert zu sein. Ein vergleichbares Phänomen zeigt sich bei misshandelten und traumatisierten Kindern. Dies zeigt, wie wichtig es wäre, präventiv mit den Kindern und Jugendlichen ein Gespräch zu führen über die Ursachen und Gründe der Platzierung, damit sie ihre Schuldgefühle abbauen könnten. Es ist die Aufgabe der Fachperson, diesem Thema im Rahmen der Massnahmenplanung genügend Aufmerksamkeit zu schenken (Arnold et al., 2008, S. 106).

Ebenfalls wurde in der Studie untersucht, ob die Kinder und Jugendlichen gefragt wurden, welches ihrer Meinung nach der beste Weg ist, das anstehende Problem zu lösen. Ein Drittel der antwortenden Kinder gab an, dass sie nach der besten Lösung gefragt wurden, wogegen zwei Drittel nicht aufgefordert wurden, ihre Meinung einzubringen (Arnold et al., 2008, S. 116 ff.). Auch bei dieser Frage ist ein klarer Alterseffekt zu erkennen. Nur Jugendliche ab 13 Jahren geben an, nach ihrer Meinung zur besten Problemlösung gefragt worden zu sein (vgl. Tab. 4). Dies entspricht auch der Aussage von Sozialarbeitenden, dass eine optimale Beteiligung von Kindern altersabhängig sei.

*Tabelle 4: Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an der Problemlösung in Abhängigkeit vom Alter*

Wurde dem Kind die Frage nach der besten Lösung gestellt?	Alter				Total
	6 bis 12 Jahre		13 bis 18 Jahre		
	Fälle	%	Fälle	%	
Ja-Antworten	0	0,0	10	62,5	10
Nein-Antworten	14	100,0	6	37,5	20
Total	14		16		30

(Arnold et al., 2008, S. 116)

Auffallend ist auch, dass 80% der Jugendlichen mit einer strafrechtlichen Massnahme nach ihrer Meinung gefragt wurden, wogegen sich nur 54,5% der Jugendlichen ohne strafrechtliche Massnahme zur Problemlösung haben äussern können. Dieser Befund stimmt mit einer Studie im Kanton Basel-Stadt von Michelle Cottier (2006) überein. Diese stellte fest, dass jugendstrafrechtliche Platzierungen kinderzentriert konzipiert sind und die Verfahren darauf hinzielen, die Jugendlichen in ihrer Entwicklung zu autonomen, selbstverantwortlich handelnden Erwachsenen zu fördern. Das Platzierungsverfahren im Kindesschutzbereich ist jedoch familienzentriert ausgerichtet und sieht das Kind als Objekt von Kindesschutzmassnahmen, das in Abhängigkeit von Eltern und Behörden steht (Arnold et al., 2008, S. 117).

Ein ebenfalls wichtiger Punkt in der Massnahmeplanung zur Fremdplatzierung stellt das Formulieren von Zielen dar. Betreuungseinrichtungen und platzierende Institutionen sind durch Gesetze und Vorschriften angehalten, der Qualität und Wirksamkeit erzieherischer Massnahmen hohe Beachtung zu schenken. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Qualitätsüberprüfung ist die Dokumentation der anzustrebenden Ziele, der geplanten Vorgehensschritte und der Erfolgsindikatoren. Nur so können die Ziele regelmässig überprüft und das Ende der Massnahme seriös vorbereitet werden (Arnold et al., 2008, S. 117 ff.). Für die Formulierung der Ziele einer Fremdplatzierung wurden Eltern intensiver in den Hilfeplanungsprozess involviert als Kinder und Jugendliche (vgl. Tab. 4).

*Tabelle 5: Einbezug der Eltern und Kinder in die Zielformulierung*

Sicht der Sozialarbeitenden	Einbezug		kein Einbezug		gültige
	Fälle	%	Fälle	%	Antworten
<b>Formulierung der Ziele der Platzierung</b>					
Einbezug der Eltern	21	60,0	14	40,0	35
Einbezug der Kinder/Jugendlichen	15	44,1	19	55,9	34

(Arnold et al., 2008, S. 118)

Bei der Formulierung der Ziele, die mit der Fremdplatzierung angestrebt werden sollten, war die Betreuungsinstitution zusammen mit allen anderen Beteiligten oft schon involviert. Dennoch gehört es klar in die Verantwortung der platzierenden Fachperson, auch in diesem Punkt den Kindern und Jugendlichen Gehör zu verschaffen.

In Bezug auf die Wahl der Institution gibt die Studie an, dass die einzelnen Familienmitglieder in der Regel grosses Vertrauen in die Fachperson haben, selbst wenn sie mit einer vorgesehenen Platzierung nicht einverstanden sind (Arnold et al., 2008, S. 120). Gemäss den deckungsgleichen Aussagen von Sozialarbeitenden und den Fami-

lien kam es zwischen den Beteiligten in Bezug auf die Wahl des Platzierungsortes nur bei fünf Familien zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten. Grund dafür waren aber hauptsächlich Vorgehensmängel, mangelnde Empathie gegenüber der Fachperson oder Meinungsverschiedenheiten zwischen den getrennt lebenden Elternteilen (Arnold et al., 2008, S. 125).

Abschliessend ist zu sagen, dass es oft eine anspruchsvolle und nervenaufreibende Aufgabe für Sozialarbeitende und somit auch für die Familienangehörigen ist, innerhalb einer sinnvollen Frist einen guten Betreuungsplatz zu finden. Nebst dem Zeitdruck engt oft auch der Mangel an verfügbaren Plätzen die Handlungsmöglichkeiten der Sozialarbeitenden ein (Arnold et al., 2008, S. 115). Es ist deshalb unbedingt erforderlich, dass eine Fachperson neben Erfahrung und Intuition auch ein grosses Wissen über das aktuelle Angebot der zur Verfügung stehenden Institutionen hat. Dieses ist nämlich einer ständigen Veränderung unterworfen (Arnold et al., 2008, S. 122 ff.). Gerade in Bezug auf den letzten Punkt fehlt eine überregional koordinierte Planung, welche ein Mindestangebot an Betreuungsplätzen für spezielle Ziel- und Altersgruppen sicherstellt. Ebenfalls gross und in Fachkreisen bekannt ist der Mangel an speziellen Betreuungsplätzen im Kanton Zürich.

### 3 Kindeswohl und Kindeswille

Eine gelungene Partizipation eines Kindes an einem Entscheidungsprozess ist die Voraussetzung für die Gewährleistung des Kindeswohls. Insofern beinhaltet Partizipation, dass sowohl die Kindesinteressen wie auch der Kindeswille gebührend berücksichtigt werden. Deshalb ist sie für das Kindeswohl von zentraler Wichtigkeit.

#### 3.1 Kindeswohl

Der Begriff „Kindeswohl“ deckt eines der zentralen Bestandteile des Familien- und Kinderrechts ab, nämlich den des Schutzes und der Rechte von Kindern und Jugendlichen. Zwar wird das Kindeswohl als Orientierungs- und Entscheidungsmassstab in familienrechtlichen Angelegenheiten genutzt, aber es wird nirgends im rechtlichen Kontext gesagt, was unter dem Kindeswohl genau zu verstehen ist (Dettenborn, 2007, S. 46 ff.). Aus juristischer Perspektive ist das Kindeswohl ein unbestimmter Gesetzesbegriff, da präzisierende Kriterien für die Bestimmung des Kindeswohls fehlen (Brauchli, 1982, S. 37). Dies führt dazu, dass der Begriff „Kindeswohl“ oftmals falsch interpretiert und missbräuchlich verwendet wird. Der Begriff „Kindeswohl“ hat aber auch den Vorteil, dass er flexibel und abgestützt auf die individuelle Situation des Kindes berücksich-

tigt werden kann. Dennoch ist das Kindeswohl in erster Linie ein Rechtsbegriff und muss dies im Interesse der Rechtssicherheit auch bleiben. Letztlich stellt der Richtpunkt Kindeswohl die einzige Legitimation zum Eingriff des Staates in die Familienautonomie dar. Insofern ist die Vorrangigkeit kindlicher Interessen und Rechte gegenüber Elterninteressen oder Interessen anderer Personen impliziert (Dettenborn, 2007, S. 50). Das Kindeswohl ist jedoch unter rein rechtlichen Aspekten nicht zu erfassen oder zu erklären, sondern bedarf des interdisziplinären Einbezugs – insbesondere die Nutzung psychologischer Aspekte (Dettenborn, 2007, S. 48). Rein die Frage nach dem Wohl alleine ist schwierig zu definieren. Im Allgemeinen tragen Faktoren wie Zufriedenheit, Gesundheit, eine aktuelle Bedürfnisbefriedigung und Stimmungslagen zum subjektiven Wohlbefinden bei (Deusinger, 2002). Das Wohlbefinden ist aber so individuell wie es die Menschen sind, weshalb kaum von einer allgemeingültigen Definition ausgegangen werden kann. Dettenborn und Eginhard (2002, S. 62) treffen eine Auswahl wichtiger Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen um überhaupt auf Bezugspunkte für die Umsetzung des Kindeswohlbegriffs in seinen verschiedenen Gebrauchskontexten hinzuweisen. Sie betonen, dass eine solche Auswahl mitbestimmt ist von gerade dominierenden wissenschaftlichen Erkenntnissen, von ideologischen Annahmen und aktuellen Dringlichkeiten. Als Mindeststandard gilt die UN-Kinderrechtskonvention. Welche Bedürfnisse als dominant anzusehen sind, variiert z.B. mit dem Alter, dem kulturellen Kontext, der Erdregion und ihren jeweiligen Ressourcen aber auch mit dem „Zeitgeist“ bezüglich Grenzen der Selbst- und Fremdbestimmung des Kindes.

Um in etwa eine gemeinsame Grundlage für den Begriff „Kindeswohl“ zu finden, ist es notwendig, inhaltliche Fixpunkte festzulegen, die eine allfällige Definition ermöglichen. Dettenborn (2007, S. 50) schlägt vor, unter familienrechtspsychologischem Aspekt als Kindeswohl die für die Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes oder Jugendlichen günstigste Relation zwischen seiner Bedürfnislage und seinen Lebensbedingungen zu verstehen. Als „günstig“ wird verstanden, wenn die Lebensbedingungen die Befriedigung der Bedürfnisse insofern ermöglichen, als dass die sozialen und altersmässigen Durchschnittserwartungen an körperliche, seelische und geistige Entwicklung erfüllt werden.

Als Kindeswohlgefährdung wird somit die ungenügende Berücksichtigung obgenannter Bedürfnisse für die Entwicklung des Kindes verstanden. Es gibt jedoch keine allgemein gültigen Mindeststandards, keine Punkte auf einer Skala für die Gefährdung des Kindeswohls. Der Urteilsspielraum macht sich fest an sozialen Risikofaktoren, die in Rela-

tion zu persönlichen Risikofaktoren gesetzt werden müssen (Dettenborn und Eginhard, 2002, S. 66).

Auch wenn die fehlende Definition des Begriffs „Kindeswohl“ ein grosser Nachteil ist, so nimmt er in der Rechtspraxis dennoch eine unentbehrliche Funktion ein. Er hat das notwendige Mass an Erklärungswert, Nachvollziehbarkeit und Appellfunktion sowie die Stufe an Verallgemeinerung, die eine integrierende Wirkung gestatten (Dettenborn, 2007, S. 49). Dies verlangt geradezu danach, den Begriff „Kindeswohl“ produktiv und differenziert zu nutzen, d.h. seine offene Definition unter den jeweils konkreten sozialen Bedingungen und Rechtsverhältnissen auszuschöpfen und seine Bewegung von den Rechten Erwachsener und der Institution Familie hin zur kindlichen Individualität zu fördern.

## 3.2 Kindeswille

Der Kindeswille gehört zu den besonders problematischen Kriterien zur Beurteilung des Kindeswohls. Die Thematik des Kindeswillens im Zusammenhang mit dem Kindeswohl gewann jedoch in den letzten Jahren stark an Bedeutung. Nicht zu unterschätzen ist das Spannungsfeld zwischen Kindeswillen und Kindesschutz (Dettenborn, 2007, S. 61). Für die Partizipation ist die Frage relevant, unter welchen Voraussetzungen ein Kind überhaupt partizipieren kann. Ähnlich verhält es sich mit den Kriterien für die Erörterung des Kindeswillens.

### 3.2.1 Stadien der Willensbildung

Gemäss Dettenborn und Eginhard (2002, S. 69) ist dem kindlichen Willen – wie jedem Willen überhaupt – ein Woher (präintentionale Phase) und ein Wohin (intentionale Phase) zuzuschreiben. Dem Woher des Willens liegt die Bedürfnisbefriedigung zu Grunde. Ihr Antrieb kann allgemeines Unbehagen, ein ungerichteter Veränderungswunsch oder aber auch simpler Leidensdruck sein. Das Wohin beinhaltet die Zielorientierung. Dabei ist zwischen der Zielintention und der Mittelintention zu unterscheiden. Die Zielintention stellt die Absicht dar, einen bestimmten Zustand zu erreichen oder beizubehalten, was als Gewinn an Handlungsfähigkeit erlebt werden kann. Die Mittelintention – auch Vorsatz genannt – dient dazu die Vorgehensweise um das Ziel zu erreichen, festzulegen. Als Mindestanforderung für das Vorliegen eines kindlichen Willens gelten Zielorientierung (klare Vorstellung darüber, was sein soll), Intensität (Nachdrücklichkeit), Stabilität (Nachhaltigkeit) und Autonomie (Ausdruck des individuellen, selbst initiierten Antriebs) (Dettenborn, 2007, S. 69 ff.). Je ausgeprägter diese vier Kri-



terien sind, desto mehr Gewicht bekommt der Kindeswille in Bezug auf das Kindeswohl. Voraussetzung ist jedoch immer, dass der Kindeswille nicht selbstgefährdend ist.

### 3.2.2 Alter des Kindes und Wille

Im Zusammenhang mit dem Kindeswillen, aber auch mit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen weist man gerne darauf hin, dass ein Kind ein gewisses Alter haben muss, um überhaupt einen eigenen Willen entwickeln zu können. Mit Bezug auf eine Vielfalt entwicklungspsychologischer Forschungsergebnisse kann gemäss Dettenborn (2007, S. 77) davon ausgegangen werden, dass erstaunlich früh, nämlich mit drei bis vier Jahren, ein Kind die notwendigen psychischen Kompetenzen erwirbt, um einen autonomen und stabilen Willen haben und äussern zu können. Kleineren Kindern also prinzipiell eine Willensfähigkeit abzusprechen ist deshalb unter psychologischem Aspekt offensichtlich ein Missverständnis und ausserdem ethisch nicht vertretbar. Allfällige Bedenken sind auf mögliche individuelle Beeinträchtigungen wie z.B. Entwicklungsverzögerungen im Verhältnis zu Gleichaltrigen, Überforderung, massive Fremdbestimmung, Traumatisierung, Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung zurückzuführen, welche tatsächlich immer berücksichtigt werden müssen. Diese kommen aber in jeder Altersstufe von Kindern und Jugendlichen zum Tragen (Dettenborn, 2007, S. 78). Anstatt der so oft ins Visier genommenen Frage nach dem Alter im Zusammenhang mit dem Kindeswillen müsste eigentlich vielmehr dem Stand der Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes Beachtung geschenkt werden. In der Schweiz ist für die Erörterung des Kindeswillen ein Bundesgerichtsentscheid (BGE 131III 553) massgebend, welcher die Anhörung in zivilrechtlichen Verfahren von Kindern aber erst ab dem 6. vollendeten Altersjahr für grundsätzlich möglich erklärt.

### 3.2.3 Induzierter und selbstgefährdender Kindeswille

Nebst dem Kriterium Alter, mit welchem dem Kind zuweilen abgesprochen wird, einen eigenen Willen bilden zu können, steht oft auch die Frage im Raum, ob das Kind nicht von einer erwachsenen Person in seiner Willensbildung derart beeinflusst wurde, dass nicht von seinem „wirklichen Willen“ ausgegangen werden kann. Unter Fachkräften gibt es auch zu diskutieren, wann von einer Beeinflussung gesprochen werden soll und ob Erziehung letztlich nicht unweigerlich bis zu einem gewissen Grad immer ein Stück Beeinflussung bedeutet (Lempp, 1983). Am ehesten zeichnet sich eine Abgrenzung zwischen Erziehung und Induzierung wohl durch die Absicht aus, ob mit seinem Verhalten die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes gefördert werden will oder eigene

Ziele verfolgt werden (Dettenborn, 2007, S. 92). Während die indirekte Induzierung darauf abzielt, das Kind mit Versprechen, Geschenken und besonderer Zuwendung für seine Ziele zu gewinnen, so betrifft die direkte Induzierung das konkrete Verändern von Einstellungen und Willensinhalten von Kindern (z.B. „Es stimmt nicht, was dir von der anderen Person gesagt wurde. Sie hat dich belogen.“) Induzierte Inhalte sind vorwiegend Feindseligkeit und Furcht. Unabhängig von der Art der Induzierung reagieren Kinder darauf einerseits mit äusserlicher Anpassung (das Kind will nachteilige Folgen durch sein Verhalten umgehen) oder andererseits mit Verinnerlichung (das Kind übernimmt die induzierten Inhalte – sie werden zu seinem eigenen Willensbestandteil) (Dettenborn und Eginhard, 2002, S. 83). Ist es also gerechtfertigt, den unter diesen Umständen zustande gekommen Willen des Kindes deshalb als weniger bedeutsam einzuschätzen (Dettenborn, 2007, S. 91)? Fazit ist, dass im Prozess der Induzierung und Verinnerlichung für das Kind eine neue psychische Realität entstehen kann. Es hat aktiv dazu beigetragen, indem es erlebte Dissonanzen zwischen seinen eigenen Wünschen und jenen einer ihm nahe stehenden Person beseitigt. Wird diese neu entstandene psychische Realität als reine Spiegelung eines fremden Willens abgetan und gegen den dahinter stehenden Kindeswillen entschieden, kann das Kind in den Zustand zurück versetzt werden, aus dem es sich befreit hat (Hilflosigkeit, Ohnmacht, Selbstwertlabilität). Das Brechen des so entstandenen Kindeswillens kann die konkrete Gefährdung des Kindeswohls in der Gegenwart bedeuten (Dettenborn, 2007, S. 95). Ob es vertretbar ist, einen induzierten Kindeswillen zu berücksichtigen oder nicht, muss immer im Kontext mit dem Kindeswohl betrachtet werden. So kann das Befolgen eines Kindeswillens Lebensbedingungen herstellen, die im Missverhältnis zur objektiven Bedürfnislage des Kindes stehen und somit das Kindeswohl gefährden. Zu solchen Situationen kann es kommen, wenn vom Kind gemachte Einschätzungen unrealistisch und verfehlt sind oder ausbleiben (Dettenborn und Eginhard, 2002, S. 80 ff.). Dabei wird unterschieden zwischen drei Gründen, weshalb es zu einem selbstgefährdenden Kindeswillen kommen kann:

- *Verfehltete Nutzenserwartungen*  
Das Kind verwendet kleine Vorteile als Hauptargumente, ohne diese in Relation zu anderen Faktoren zu stellen.
- *Verfehltete oder fehlende Schadenseinschätzung*  
Der objektive Schaden resp. die Gefährdung durch das eigene Verhalten oder das Verhalten Dritter kann vom Kind nicht adäquat abgeschätzt und ins Verhältnis zu einem eventuellen Nutzen gestellt werden.

- *Verfehlte Realisierungseinschätzung*

Das Kind stützt sich für seine Willensbildung auf Ausnahmesituationen ab, ohne in Erwägung zu ziehen, dass alltägliche Situationen anders aussehen könnten.

Meistens stehen hinter solchen verfehlten oder fehlenden Einschätzungen interne (z.B. Verunsicherung und Irritation, Entwicklungsverzögerungen oder Fehlentwicklung der Persönlichkeit) oder externe Risikofaktoren (z.B. permanent mangelnde Bedürfnisbefriedigung oder arg zerstrittene, um das Kind konkurrenzierende Eltern), die dem Kind ein angemessenes Abwägen erschweren.

### 3.2.4 Diagnostik des Kindeswillens

Der Kindeswille kann sowohl direkt (Informationen des Kindes selber werden genutzt) als auch indirekt (Personen im Umfeld des Kindes werden befragt) erörtert werden (Dettenborn, 2007, S. 97). Die Erfahrung hat gezeigt, dass es nicht problematisch ist, den Kindeswillen auf direktem Weg zu erfahren, vorausgesetzt, er wird in kindgerechter Art und Weise erkundet. Dettenborn (2002, S. 98 ff.) benennt eine grosse Anzahl Kriterien auf der formalen aber auch auf der inhaltlichen Ebene, von denen ich hier nur einige wenige nennen will. Wichtig ist, dass das Gespräch nach Möglichkeit mit dem Kind alleine und in einer Umgebung stattfinden sollte, in dem es sich wohl fühlt. Es ist darauf zu achten, mit kurzen Sätzen und in einer dem Kind adäquaten Sprache zu sprechen. Offene Fragen (W-Fragen) haben den Vorteil, dass sie differenzierte Antworten fördern und somit Antwortinhalte vertieft werden können. Zudem muss dem Kind genügend Zeit zum Überlegen gegeben werden, wobei auch ein Schweigen seinen Platz haben muss. Willensinhalte des Kindes dürfen nicht gewertet oder kritisiert werden. Auch ist es wichtig, Verständnis für die Gefühle und allfällige Konflikte des Kindes zu verbalisieren. Als hilfreiche inhaltliche Prüfkriterien gelten auch das Stadium der Willensbildung, die Zielorientierung, die Intensität, die Stabilität sowie die Autonomie (s. Kapitel 3.2.1).

Es kann aber auch sein, dass das Kind seinen Willen nicht äussert. Ein möglicher Grund dafür ist, dass sich das Kind unter Umständen noch in der präintentionalen Phase befindet. Möglich ist aber auch, dass sich das Kind nicht entscheiden will und es damit ablehnt, die Verantwortung für die Lösung eines Problems zu übernehmen. Oder das Kind hat sich entschieden, äussert diesen Willen aber nicht, weil es befürchtet, durch seine Äusserung negative Folgen für sich, seine Eltern oder ihm nahe stehenden Personen zu erzeugen.

Diese Konstellationen sind schwierig, weil sie für Fachpersonen ein Dilemma darstellen – zumindest dann, wenn das Kind bewusst seinen Willen nicht kundtun will. Es ist in solchen Situationen sinnvoll auch noch nach anderen Rückschlüssen auf den Kindeswillen zu suchen wie z.B. durch eigene Beobachtung oder durch objektiv zu bewertende Mitteilungen anderer Personen. Zudem kann durch das aktive Zuhören und nachfragen, der Prozess des Überganges von der präintentionalen Phase zur intentionalen Phase gefördert werden, in dem diffuse Unzufriedenheit und verdrängte Wunschtendenzen bewusst gemacht werden (Dettenborn, 2007, S. 103 ff.).

### 3.2.5 Umgang mit dem Kindeswillen

Den Kindeswillen differenziert und dem Kindeswohl dienlich umzusetzen bedingt, dass folgende Ebenen unterschieden werden (Dettenborn, 2007, S. 106):

- *Kenntnisnahme des Kindeswillens*  
Der Kindeswille sollte immer zur Kenntnis genommen werden. Andere Kindeswohlkriterien können oft nur in Relation zum Kindeswillen festgestellt werden.
- *Prüfung des Kindeswillens*  
Der Kindeswille sollte in Bezug auf seine psychologische Qualität aber auch auf seine rechtliche Beachtlichkeit im Rahmen der gesetzlichen Bedingungen geprüft werden.
- *Berücksichtigung des Kindeswillen*  
Der Kindeswille sollte im Zusammenhang mit dem Kindeswohl berücksichtigt werden. Zum Schutz des Kindes besteht aber keine formelle Entscheidungskompetenz seitens des Kindes.
- *Nachsorge*  
Die Nachsorge kommt vor allem dann zum Tragen, wenn im Interesse des Kindes gegen seinen Willen empfohlen oder entschieden wurde. Je nach Persönlichkeitsentwicklung des Kindes müssen Wege gefunden werden, die Entscheidung gegen seinen Willen dem Kind zu erklären und zu begründen. Wird dies unterlassen, können jene Merkmale eintreten, die als Folge von Manipulation kindlichen Willens beschrieben wurden.

## 3.3 Spannungsfeld zwischen Kindeswohl und Kindeswille

In den meisten Fällen ist der Kindeswille kohärent mit dem Kindeswohl und ist somit eines der wichtigsten Kriterien für die Beurteilung des Kindeswohls. Über die Frage, ob das Kindeswohl gegen den Willen des Kindes gewährleistet werden kann, bestehen

zwei kontroverse Meinungen (Dettenborn und Eginhard, 2002, S. 78). Dagegen spricht – so die eine Haltung – dass der Kindeswille wesentlicher Bestandteil des Kindeswohls ist. Die andere Position vertritt die Meinung, dass Menschen unter bestimmten Bedingungen etwas anstreben, was objektiv nicht zu ihrem Besten ist. Wird in einem solchen Fall dem Kindeswillen gefolgt, so könnte dies bedeuten, dass Lebensbedingungen hergestellt würden, die in einem Missverhältnis zur objektiven Bedürfnislage des Kindes stehen. Damit wäre das Kindeswohl gefährdet. Häufig äussert sich dies in Form des selbstgefährdenden oder des induzierten Kindeswillen (vgl. 3.2.3). Insofern muss das Prinzip gelten: soviel Berücksichtigung des Kindeswillen wie möglich – soviel staatlich reglementierender Eingriff wie nötig, um das Kindeswohl zu sichern.

Abschliessend ist jedoch zu sagen, dass es unabdingbar ist, den Willen des Kindes so weit wie möglich zu berücksichtigen, da es sich immer wieder zeige, „dass sich Kinder, die ungerechterweise zum Schweigen verurteilt sind, früher oder später doch noch Gehör verschaffen - sei es durch auffällige psychische Reaktionen, psychosomatische Beschwerden oder durch nonverbale Signale“ (Zollinger, 2005, S. 8). Das Kindeswohl wird folglich erst dann wirklich umgesetzt, wenn die Wünsche des Kindes ernst genommen und vertreten werden und wenn das Kind im Falle eines selbstgefährdenden Willens durch eine Fachperson an eine Konsenslösung herangeführt wird.

## 4 Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Heutzutage ist eine Kindheit geprägt durch eine Flut von Reizen und Einflüssen. Dementsprechend ist es eine grosse Herausforderung für Kinder und Jugendliche, mit den unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Realitäten zurechtzukommen. So fühlen sie sich z.B. in der Schule oftmals fremdbestimmt, während ihnen die Werbung vermittelt, vollwertige Konsumenten und Konsumentinnen zu sein. Nichts desto trotz gehen Kinder und Jugendliche mit diesen Einflüssen selbstverständlicher um als Erwachsene, da sie schon von klein auf gelernt haben, damit zu leben. Insofern muss gesagt werden, dass Kinder und Jugendliche in vielen Belangen zwar Wissen und Erfahrung haben, dennoch aber von deren aktiven Beeinflussung und Gestaltung ausgeschlossen sind (Jaun, 1999, S. 261).

### 4.1 Definition von Partizipation

Wenn wir also von der Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung reden, möchte ich vorerst den Ausdruck „Partizipation“ definieren. Jaun (1999, S. 266) umschreibt die Partizipation folgendermassen: „Partizi-

*pation von Kindern und Jugendlichen ist die verbindliche Einflussnahme von Kindern und Jugendlichen auf Planungs- und Entscheidungsprozesse, von denen sie betroffen sind, mittels ihnen angepasster Formen und Methoden.*“ Es kann also nur dann von Partizipation geredet werden, wenn der Einbezug über das Konsultative hinausgeht, wenn ihr eine angemessene Verbindlichkeit zukommt und damit garantiert ist, dass sie auch Wirkung hat (Jaun, 1999, S. 265). Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bedarf es eines Menschenbildes, das Kinder als Subjekte mit eigener Persönlichkeit, eigener Wahrnehmung und eigenen Rechten anerkennt. Diese Haltung spricht den Erziehungsberechtigten nicht – wie dies oft missverstanden wird – das Recht ab, für ihre Kinder Entscheidungen zu treffen, sondern verlangt bei solchen Entscheidungen den nötigen Respekt vor der Persönlichkeit der Kinder. Deshalb dürfen Minderjährige in einem modernen, von den Kinderrechten geprägten System nicht mehr nur als Empfänger von Leistungen und Schutzmassnahmen angesehen, sondern müssen als aktive Mitglieder der Familie in der Gesellschaft respektiert werden. In diesem Kontext ist die Partizipation von Kindern und Jugendlichen *das* Zeichen eines sich ändernden Status des Kindes in der Gesellschaft und entspricht einem grundsätzlichen Paradigmenwechsel (Lücker-Babel, 1999, S. 277).

## 4.2 Partizipation und Pädagogik

Da der Fremdplatzierung der Charakter einer pädagogischen Massnahme zugrunde liegt, bekommt die Frage, ob die Pädagogik mit der Partizipation überhaupt zu vereinbaren ist, eine nicht unwichtige Bedeutung. Jaun (2001, S. 70) spricht davon, dass sich Partizipation und Pädagogik auf den ersten Blick nicht vertragen. Die Pädagogik geht von einem hierarchischen Verhältnis zwischen den Agierenden aus, während dem die Partizipation auf Gleichberechtigung setzt. Will die Pädagogik den einzelnen Menschen leiten und beeinflussen, so geht die Partizipation vom Menschen aus, der selbst beeinflusst. Während die Pädagogik versucht, den Menschen zielgerichtet zu verändern, leistet der Mensch durch die Partizipation selbst einen Beitrag zu Veränderung (Jaun, 2001, S. 71). Insofern haben die Beteiligung von Kindern in Erfüllung eines Rechtsanspruches und die Verwendung von Partizipation als pädagogisches Instrument zwei völlig unterschiedliche Qualitäten. Der Einbezug von Kindern und Jugendlichen mit einer pädagogischen Absicht ist zwar nicht verwerflich, darf aber auf keinen Fall mit echter Partizipation verwechselt werden. Trotz allem ist es unmöglich, die Beziehung von Kindern und Erwachsenen in unserer Gesellschaft ganz von der Pädagogik zu trennen. Erstens tangiert der Einbezug von Kindern in jedem Fall auch Erwachsene

und zweitens wird die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den allermeisten Fällen durch Erwachsene angeregt, organisiert, durchgeführt und ausgewertet (Jaun, 2001, S. 72). Selbst wenn Kinder und Erwachsene gemeinsam agieren, so wird immer ein Unterschied an Wissen und Kompetenzen, aber auch ein Machtgefälle vorhanden sein. Umso wichtiger ist es, Kinder und Jugendliche nicht als Objekte sondern als Subjekte wahrzunehmen und anstatt mit fertigen pädagogischen Konzepten zu agieren, uns zuerst einmal vergegenwärtigen, mit wem wir es zu tun haben und welche Bedürfnisse sie haben. Dies bedingt jedoch für die Erwachsenenwelt, die Spannung, die ein Kontrollverlust im Umgang mit Kindern mit sich bringt, auszuhalten, dass Entscheidungen von Kindern hinterfragt werden und Grenzen neu ausgehandelt werden müssen. Nur so ist es möglich, den Kindern den Weg zu ebnen, damit sie sich zu eigenständigen und unabhängigen Persönlichkeiten entwickeln können (Jaun, 2001, S. 73).

### 4.3 Voraussetzung für die Partizipation

Für die Ausübung der zivilen Rechte des Kindes setzt die Kinderrechtskonvention kein Mindestalter fest. Als implizite Mindestanforderung für alle Menschenrechte gilt die Urteilsfähigkeit (Lücker-Babel, 1999, S. 278 ff.). Ab welchem Alter diese Kompetenz des Kindes vorhanden ist, kann nur schwer allgemein festgelegt werden (s. Kapitel 5.2). Ähnlich wie beim Kindeswillen steht die persönliche Entwicklung des Kindes im Vordergrund. Die Versuchung ist in der Regel auch auf die Partizipation bezogen gross, davon auszugehen, dass Kinder die nötige Erfahrung noch nicht gesammelt haben, um aktiv an der Entstehung von Entscheidungen teilzunehmen. Jedoch macht die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nur dann Sinn, wenn den Kindern die Fähigkeit zugetraut wird, entsprechend ihrer Reife eigene Haltungen zu entwickeln und zu vertreten. Dies kann sich – nebst verbalen Äusserungen – auch in Ausdruckformen wie z.B. Zeichnungen, Modellen oder Foto- und Videoaufnahmen manifestieren (Jaun, 1999, S. 264). Ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist die möglichst unmittelbare Betroffenheit der Kinder durch ein Problem. Dies trägt wesentlich dazu bei, dass Kinder eine Problematik verstehen, über ihre Bedürfnisse und Wünsche Bescheid wissen und zu Veränderungen beitragen können. Das Erleben, dass die eigenen Lebensbedingungen veränderbar sind, stärkt die Identifikation mit ihrer Lebenswelt und somit langfristig auch das Verantwortungsbewusstsein. Die eigene Betroffenheit ist in diesem Sinne auch ein wirksamer Schutz vor Manipulation, welche der Partizipation von Kindern immer wieder vorgeworfen wird (Jaun, 1999, S. 264).

## 4.4 Merkmale für eine gelungene Partizipation

Jaun (1999, S. 270 ff.) beschreibt sechs Erfolgsfaktoren, die eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen gelingen lassen:

- *Betroffenheit*  
Je unmittelbarer Kinder von einem Problem betroffen sind, desto einfacher wird es für sie sein, sich eine eigene Meinung zu bilden und sich an der Lösungsfindung zu beteiligen.
- *Verbindlichkeit*  
Die Ergebnisse von Beteiligungen müssen sicht- oder erlebbar sein für die Mitwirkenden.
- *Offenheit*  
Offenheit im Sinne von Ehrlichkeit ist ein sehr wichtiger Punkt. Werden Kindern Möglichkeiten vorgegaukelt oder Versprechen gemacht, die nicht realistisch sind, so wird die Enttäuschung gross sein und damit das Vertrauen in die Partizipation geschmälert.
- *Transparenz*  
Es ist wichtig, dass Kinder verstehen können, worum es geht und sie sollten erkennen können, wo sie im Beteiligungsprozess stecken. Zudem ist es die Pflicht der Erwachsenen, gewisse Ergebnisse zusammenzufassen und zu interpretieren. Hier besteht allerdings die Gefahr von unbewusster Prozesssteuerung durch Erwachsene.
- *Unmittelbarkeit*  
Kinder und Jugendliche haben ein anderes Zeitempfinden als Erwachsene. Anliegen von ihnen sind darum – wenn immer möglich – zeitlich prioritär zu behandeln.
- *Kontinuität*  
Von Partizipation kann eigentlich erst dann gesprochen werden, wenn sie zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Dies will heissen, dass sie institutionalisiert werden muss als Möglichkeit, bei Bedarf mit der passenden Beteiligungsform Einfluss nehmen zu können.

Je besser diese Merkmale erfüllt sind, desto eher kann allfälligen Gefahren, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in sich birgt, begegnet werden. Dies ist zum einen die Instrumentalisierung von Kindern durch Erwachsene. Sie möchten Kinder zu Aussagen und Meinungen führen, die ihrem eigenen Nutzen dienen. Eine andere Gefahr stellt die Alibiveranstaltung dar, bei welcher Partizipation zelebriert wird, die



aber am Schluss keine Wirkung zeigt. Während hier die Profilierung der Erwachsenen im Zentrum steht, besteht die Gefahr, dass beteiligte Kinder enttäuscht sind (Jaun, 1999, S. 271).

#### 4.5 Was spricht für Partizipation?

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen schafft einen Bezug zwischen ihnen und ihrer Lebenswelt – vor allem dann, wenn sie sicht- oder erlebbare Auswirkungen auf ihre Lebenswelt hat. Diese Identifikation ist der Ursprung eines Verantwortungsbewusstseins, das Kinder und Jugendliche animiert, zur Lebenswelt Sorge zu tragen und sich dafür zu engagieren (Jaun, 1999, S. 272). Partizipation bietet Kindern und Jugendlichen auch in ihrer ganz persönlichen Entwicklung Erfahrungen, die zur Stärkung ihrer Persönlichkeitsmerkmale (Konflikt- und Kritikfähigkeit) und zum Einüben von Fertigkeiten (Pläne schmieden, Modelle bauen, etc.) beitragen (Jaun, 1999, S. 273). Ihnen wird das Gefühl von Selbstwirksamkeit vermittelt und somit ihr Selbstbewusstsein gestärkt. Zudem zeigt die Erfahrung, dass Kinder und Jugendliche, die keine Möglichkeit gehabt haben, sich an einem sie betreffenden Prozess zu beteiligen, früher oder später sich auf andere Weise Gehör verschaffen (s. Kapitel 3.3.). Nicht zuletzt weist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Probleme hin, deren sich Erwachsene nicht bewusst sind und trägt somit zu einer Sensibilisierung Erwachsener für konkrete Anliegen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen bei.

Hier ist nochmals zu betonen, dass Partizipation nicht heisst, dass die Verantwortung des Erwachsenen dem Kind übertragen wird, sondern der Schwerpunkt darin liegt, dass sich das Kind zu den seine Lage betreffenden Fragen frei äussern kann (Lückerbabel, 1999, S. 294). Partizipation entbindet Erwachsene nicht von ihrer eigenen Verantwortung und ihrer Vorbildfunktion. Kinder und Jugendliche brauchen jedoch von den Erwachsenen Unterstützung und Vertrauen, um ihr Recht auf freie Meinungsäusserung wahrnehmen zu können (Jaun, 1999, S. 273).

#### 4.6 Spannungsfeld zwischen Partizipation und Kindeswohl

Gemäss Art. 3 der UN-Kinderrechtskonvention muss das Kindeswohl bei allen Massnahmen, die das Kind betreffen, vorrangig berücksichtigt werden. Insofern ist dieser Artikel sowohl als Förderung wie auch als Bremse in Bezug auf die Kinderrechte zu verstehen. Auf der einen Seite soll die Kinderpartizipation als Mittel zur Förderung des Kindeswohls betrachtet werden. Auf der anderen Seite darf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen weder in ihrer Ausübung noch in ihren Folgen das Kindeswohl

beeinträchtigen (Lücker-Babel, 1999, S. 285). Voraussetzung für eine gelungene Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist sicher, dass diese sich freiwillig am Entscheidungsprozess beteiligen, was in Bezug auf eine anstehende Fremdplatzierung nicht in jedem Fall vorbehaltlos gegeben ist. Ähnlich wie im Spannungsfeld zwischen Kindeswille und Kindeswohl ist es wichtig, dass die zuständige Fachperson die Fähigkeit besitzt, auf das Kind einzugehen, es über seine Rechte zu informieren und es somit an die Thematik heranführt, damit es sich am Entscheidungsprozess beteiligen kann.

## 5 Entwicklungspsychologische Grundlagen und Urteilsfähigkeit

Im Zusammenhang mit Partizipation von Kindern und Jugendlichen jeglicher Art stellt sich immer wieder die Frage, ob diese überhaupt fähig sind, sich an komplexen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ob eine solche Beteiligung nicht eine Überforderung für sie darstellt. Gerne wird nach Rückschlüssen in Bezug auf das Alter gesucht, weshalb ich in der Folge kurz auf entwicklungspsychologische Aspekte und die Urteilsfähigkeit eingehen werde.

### 5.1 Entwicklungspsychologische Grundlagen

Sowohl die Fachliteratur zum Thema Partizipation wie auch zum Thema Kindeswillen legt sich in Bezug auf das Kindesalter nicht fest (s. Kapitel 3.2.2 und 4.2), sondern macht die Beteiligungskompetenz der Kinder und Jugendlichen an ihrer persönlichen Entwicklung und Reife fest. Für den Umgang mit Kindern und Jugendlichen bedarf es aber meines Erachtens, Aspekte der kognitiven Entwicklung sowie der Sprachentwicklung zu berücksichtigen.

#### 5.1.1 Kognitive Entwicklung

##### *Soziodramatisches Rollenspiel*

Die Lebensphase zwischen 2 - 7 Jahren ist geprägt von einer starken Zunahme in repräsentativer Aktivität, wie es in der Sprachentwicklung und dem soziodramatischen Rollenspiel gespiegelt wird (Berk, 2005, S. 303). Das Rollenspiel reflektiert nicht nur die kognitiven Fertigkeiten des Kindes, sondern trägt dazu bei, diese auch zu entwickeln. Viele Studien enthüllen, dass das soziodramatische Rollenspiel eine grosse Breite geistiger Fähigkeiten stärkt, einschliesslich der Aufmerksamkeit, dem Gedächtnis

nis, dem logischen Denken, der Sprache, der Vorstellungskraft, der Kreativität und der Fähigkeit, das eigene Denken zu reflektieren und die Perspektive anderer Menschen einzunehmen (Berk, 2005, S. 296).

### *Magisches Denken*

Ebenfalls in diese Lebensphase der frühen Kindheit gehört das magische Denken (Feen, Zauberwesen, etc.). Berk (2005, S. 300) ist davon überzeugt, dass dieses aus einem unvollständigen Wissen über relevante Aspekte des täglichen Lebens resultiert. Zwischen 4 und 8 Jahren – wenn die Vertrautheit mit physikalischen Vorgängen und Prinzipien zunimmt – verblassen die magischen Annahmen der Kinder langsam und sie können mehr und mehr zwischen Erscheinung und Wirklichkeit unterscheiden.

### *Logisches Denken*

Ganz allgemein ist zu sagen, dass mit der Zunahme von Wissen und Erfahrungen über das tägliche Leben auch die Fähigkeit zunimmt, logisch zu denken. So benutzen drei- und vierjährige Kinder logische, kausale Ausdrücke wie „wenn – dann“ und „weil“ mit dem gleichen Grad an Genauigkeit wie Erwachsene. Unlogisches Denken scheint vor allem dann aufzutreten, wenn Kinder mit unvertrauten Themen, zu vielen Informationen oder widersprüchlichen Tatsachen konfrontiert sind, bei denen sie Schwierigkeiten haben, sie zu vereinbaren (Berk, 2005, S. 301). Zudem weist Berk (2005, S. 302) darauf hin, dass Kinder im Vorschulalter Anfänge logischer Operationen zeigen, wenn man ihnen etwas weniger schwierige Aufgaben gibt, die auf vertrauten Erfahrungen beruhen. Im Alter zwischen 7 und 11 Jahren (die mittlere Kindheit) wird das Denken der Kinder viel logischer, flexibler und organisierter, als während der frühen Kindheit (Berk, 2005, S. 390). Obwohl Kinder im Schulalter fähigere Problemlöser bzw. Problemlöserinnen sind, unterliegt ihr Denken einer wichtigen Einschränkung: Kinder in der mittleren Kindheit denken nur dann auf eine organisierte, logische Weise, wenn sie es mit konkreten Informationen zu tun haben, die sie direkt wahrnehmen können. Mit abstrakten Gedanken, die in der wirklichen Welt nicht sichtbar sind, können sie schlecht umgehen. Erst mit 11 oder 12 Jahren fällt es den Kindern leichter, hypothetische Gedanken in ihr Denken einzubringen (Berk, 2005, S. 392). In der Adoleszenz werden Jugendliche erstmals fähig zum hypothetisch-deduktiven Denken. Sehen sie sich einem Problem gegenüber, beginnen sie mit einer Theorie möglicher Faktoren, die das Ergebnis beeinflussen könnte und leiten davon eine Hypothese ab. Diese Hypothese wird auf eine systematische Weise auf allfällige stützende Befunde geprüft. Die Art des logischen Problemlösens beginnt mit einer Möglichkeit und schreitet zur Wirklichkeit fort. Im Gegensatz dazu beginnen Kinder in der mittleren Kindheit mit der Wirklichkeit, näm-

lich der augenfälligsten Vorhersage einer Situation. Wird diese nicht bestätigt, fallen ihnen keine Alternativen ein und sie scheitern an der Problemlösung (Berk, 2005, S. 502). Wenn Adoleszente also formale Operationen erwerben, führt dies zu einer Revision, wie sie sich selber, andere und die Welt im Allgemeinen sehen. Sie entwickeln eine Streitlust, bei der sie Fakten und Gedanken ordnen und einen eigenen Standpunkt einnehmen (Berk, 2005, S. 507).

### *Informationsverarbeitung*

Die Zeit, welche für die Verarbeitung von Informationen bei einer Vielfalt von kognitiven Aufgaben nötig ist, nimmt zwischen 6 und 12 Jahren rapide ab. Insofern können Kinder in der mittleren Kindheit mehr Informationen auf einmal behalten und mit mehr Informationen operieren, als Vorschulkinder. Für Jugendliche in der Adoleszenz (ab 11 Jahren) vereinfacht sich die Informationsverarbeitung letztlich zunehmend, da die Attribute wie die Aufmerksamkeit, Strategien zu entwickeln, grösseres Wissen, die kognitive Selbstregulation, die Metakognition und die Verarbeitungskapazität ausgereifter sind (Berk, 2005, S. 505).

### *Aufmerksamkeit*

Die Aufmerksamkeit ist ein Teil davon, welcher für die Informationsverarbeitung relevant ist. Fortschritte in der Repräsentation und in der Fähigkeit von Kindern, ihr eigenes Verhalten zu leiten, führen schon in der frühen Kindheit zu wirksameren Wegen der Aufmerksamkeit und des Umgangs mit Informationen und der Problemlösung. Dennoch zeigt die Erfahrung, dass Vorschulkinder im Vergleich zu Kindern im Schulalter nur relativ kurze Zeit mit Aufgaben verbringen können und leicht abgelenkt werden (Berk, 2005, S. 307). Während der mittleren Kindheit wird die Aufmerksamkeit selektiver, angepasster und planvoller. Erstens werden Kinder besser darin, überlegt auf nur jene Aspekte einer Situation zu achten, die relevant für ihr Ziel sind. Andere Informationen ignorieren sie. Zweitens passen Schulkinder ihre Aufmerksamkeit flexibel an momentane Erlebnisse der Situation an. Und schliesslich verbessert sich das Planen in der mittleren Kindheit stark. Die Kinder prüfen vorliegendes Material viel genauer auf Ähnlichkeiten und es gelingt ihnen, bei Aufgaben mit vielen Teilen auf eine geordnete Weise Entscheidungen zu treffen, was als Erstes und was danach getan werden muss (Berk, 2005, S. 395). Zudem kommt es in der mittleren Kindheit zu grossen Schritten in Bezug auf die kognitive Hemmung. Die kognitive Hemmung ist die Fähigkeit, innere und äussere ablenkbare Reize zu kontrollieren. Individuen, deren kognitive Hemmungen funktionieren, können verhindern, dass ihr Bewusstsein an unwichtigen Gedanken festhält (Berk, 2005, S. 395). Adoleszente sind zudem fähig, den Fortschritt auf ein Ziel

hin zu überwachen und leiten Handlungen um, wenn sie sich als erfolglos erweisen. Geht es jedoch um das Planen und Treffen von Entscheidungen im täglichen Leben, fühlen sich Teenager oft überwältigt von den Möglichkeiten, die vor ihnen liegen. Infolge einer Überforderung brechen sie oft zusammen und ziehen sich auf das Gewohnte zurück, handeln impulsiv oder treffen überhaupt keine Entscheidung (Berk, 2005, S. 509).

### *Gedächtnis*

Im Vergleich zum Erinnern Erwachsener ist das der Kinder in der frühen Kindheit ziemlich mangelhaft. Viel leichter fällt es ihnen, etwas wieder zu erkennen, als sich an etwas zu erinnern. Jedoch können sich Vorschulkinder gut an sich wiederholende Ereignisse erinnern – im Sinne von Skripten (allgemeinen Beschreibungen dessen, was passiert und wann es in einer bestimmten Situation passiert). Die Skripte kleiner Kinder beginnen als Strukturen für wichtige Handlungen (Berk, 2005, 308). Ist ein Skript einmal gebildet, so kann es benutzt werden, um vorherzusagen, was in Zukunft passieren wird. Auf diese Weise unterstützen Skripte schon die frühesten Anfänge der Kinder im Planen, da sie Abfolgen von Handlungen repräsentieren, die zu einem erwünschten Ziel führen (Berk, 2005, S. 310). In der mittleren Kindheit wird das im Langzeitgedächtnis gespeicherte Wissen grösser und organisiert sich in ausgefeilte, hierarchisch strukturierte Netzwerke. Das schnelle Wachstum von Wissen hilft den Kindern bei der Anwendung von Strategien und deren Erinnerung (Berk, 2005, S. 398).

### *Metakognition (Theorie des Geistes)*

Ungefähr im Alter von 3 Jahren erkennen Kinder, dass das Denken sich in ihren Köpfen abspielt und dass Denken passiert, ohne dass man es sieht, berührt oder darüber spricht. Um das Alter von 4 Jahren merken Kinder, dass falsche Annahmen – solche, die die Realität nicht korrekt repräsentieren – die Handlung von Menschen leiten können. Über die Vorschuljahre wird das Erkennen falscher Annahmen stärker und bildet letztlich ein mächtiges Werkzeug für das Verständnis der eigenen Person und das anderer Menschen und ist ein guter Prädiktor für soziale Fertigkeiten (Berk, 2005, S. 312). Anders als Vorschulkinder, die den Geist als einen passiven Behälter von Informationen ansehen, betrachten ihn Schulkinder als aktives, konstruktives Mittel, das in der Lage ist, Informationen auszuwählen und zu transformieren. Die verbesserte Fähigkeit, ihr eigenes geistiges Leben zu reflektieren, ist unter anderem ein Grund für ihre Fortschritte im Denken und Problemlösen (Berk, 2005, S. 398). Die Fähigkeit von Adoleszenten, ihre eigenen Gedanken zu reflektieren, kombiniert mit dem körperlichen und seelischen Veränderungen, denen sie ausgesetzt sind, bedeutet, dass sie beginnen

mehr über sich selber nachzudenken. Beim Überlegen, was andere über sie denken, erscheinen zwei verzerrte Bilder der Beziehung zwischen dem Selbst und den anderen. Der erste Irrtum ist die Annahme, dass sie der Fokus der Aufmerksamkeit des Interesses von jedermann sind. Daraus resultierend haben sie eine übersteigerte Meinung ihrer eigenen Bedeutung. Teenager beginnen sich als etwas Besonderes und Einzigartiges zu fühlen (Berk, 2005, S. 508). Der Gedanke, dass sich andere ausschliesslich mit ihrem Verhalten beschäftigen, hilft ihnen aber auch dabei, wichtige Beziehungen zu bewahren, wenn sie darum kämpfen, sich von den Eltern loszulösen und ein unabhängiges Selbstgefühl aufzubauen (Berk, 2005, S. 509). Aufgrund ihrer Fähigkeit, abstrakt zu denken, entwickeln Teenager zuweilen auch grandiose Visionen einer vollkommenen Welt, welche keinen Platz für die Unzulänglichkeiten des täglichen Lebens hat. Dieser Idealismus und die daraus entstehende Kritiklust haben aber auch einen Vorteil. Können Adoleszente erst einmal bei anderen Stärken und Schwächen erkennen, haben sie eine grössere Fähigkeit, konstruktiv an sozialen Veränderungen zu arbeiten und andauernde Beziehungen zu bilden (Berk, 2005, S. 509).

### 5.1.2 Sprachentwicklung

Die Sprache ist praktisch mit allen kognitiven Veränderungen verwoben. Mit 2 Jahren hat ein Kind einen Wortschatz von ca. 200 Wörtern. Gegen 6 Jahre wird es etwa 10'000 Wörter erworben haben. Wenn Vorschulkinder erst einmal einen ausreichenden Wortschatz erworben haben, wenden sie Wörter kreativ an, um solche zu ersetzen, die sie noch nicht gelernt haben. Schon als 2-Jährige prägen Kinder neue Wörter auf eine systematische Weise. Kinder der frühen Kindheit weiten Sprachbedeutungen auch durch Metaphern aus. So benutzt z.B. ein 3-Jähriger den Ausdruck „Feuerwehrauto in meinem Bauch“ um Magenschmerzen zu beschreiben. Metaphern erlauben es kleineren Kindern, auf eine besonders lebhafte und erinnerbare Weise zu kommunizieren (Berk, 2005, S. 322). Im Alter von 3½ Jahren haben Kinder viele grammatikalische Regeln erworben und wenden diese regelmässig an. Im Alter von 4 bis 5 Jahren bilden Kinder eingebettete Sätze („Ich denke, dass er kommen wird“), markieren Fragen („Papa ist bald zu Hause, nicht wahr?“), und indirekte Objekte („Er zeigt seinem Freund das Geschenk“). Am Ende der frühen Kindheit benutzen die meisten Kinder fast alle grammatikalischen Konstruktionen ihrer Muttersprache in kompetenter Weise (Berk, 2005, S. 323). Nebst dem Erwerb von Wortschatz und Grammatik müssen Kinder jedoch auch lernen, sich angemessen in einem Gespräch mit anderen zu beteiligen. Diese soziale Seite der Sprache nennt man Pragmatik und Kinder in der frühen Kind-

heit meistern sie in bemerkenswerter Geschwindigkeit. Bei Interaktionen von Angesicht zu Angesicht sprechen Vorschulkinder, wenn sie an der Reihe sind, und antworten angemessen auf die Bemerkungen ihrer Partner. (Berk, 2005, S. 323). Zwischen 4 und 8 Jahren gelingt es den Kindern, das Unterhalten und das Geben von Anweisungen über das Telefon stark zu verbessern (Berk, 2005, S. 324). Verbunden mit den allgemeinen Massstäben der Sprachfortschritts ist der regelmässige Austausch in einer Unterhaltung mit Erwachsenen – sei dies zu Hause oder im Kindergarten. Durch aufmerksames Zuhören, Vervollkommen von dem was Kinder sagen und Vorbild sein für konkrete Anwendungen, regen Erwachsene Kinder zum sprechen an (Berk, 2005, S. 324 ff.). In der mittleren Kindheit nimmt der Wortschatz dann um ein Vierfaches zu und erreicht letztlich 40'000 Wörter. Die Zuwachsrate von ca. 20 Wörtern pro Tag überflügelt selbst jene der frühen Kindheit. Zudem erweitern Kinder im Schulalter ihren Wortschatz, indem sie die Strukturen komplexer Wörter analysieren. Aus „glücklich“, z.B. leiten sie schnell die Bedeutung von Glück ab. Ältere Kinder sind fähig, ihrem Wortschatz neue Wörter hinzuzufügen, indem sie sie einfach aus einer gegebenen Definition ableiten. Auch erlaubt ihnen der reflektierende und analytische Zugang zur Sprache, die mehrfache Bedeutung von Wörtern richtig einzuschätzen (süss ist der Honig, aber auch süss ist die kleine Katze). Diese Erkenntnis erlaubt 8- bis 10-Jährigen, subtile kleine Metaphern zu verstehen wie „das Kind mit dem Bade ausschütten“. Dies führt wiederum führt auch zur Veränderung des kindlichen Humors (Berk, 2005, S. 410 ff.). Ebenfalls finden Verbesserungen der Sprachpragmatik, der kommunikativen Seite der Sprache, statt. Während die Beschreibungen der Vorschulkinder eher mehrdeutig sind (der rote Stein), sind Kinder im Schulalter viel genauer (der rote Stein mit dem weissen Streifen). Zudem verfeinern sich in der mittleren Kindheit die Gesprächsstrategien. Ältere Kinder sind besser darin, Sätze so zu formulieren, dass sie damit erreichen, was sie wollen. Nicht zuletzt reagieren sie sensibler auf die feinen Unterschiede zwischen dem, was Menschen sagen, und dem, was sie meinen (Berk, 2005, S. 411).

### 5.1.3 Entwicklungspsychologische Grundlagen und Partizipation

Auch wenn die persönliche Entwicklung und die Reife eines Kindes für eine gelungene Partizipation massgebender sind als das Alter, so ist es dennoch unabdingbar für Fachpersonen, ein professionelles Wissen über entwicklungspsychologische Grundlagen zu haben und sie in der Arbeit mit dem Kind auch zu berücksichtigen. Nur so können sie die Äusserungen der Kinder richtig einschätzen, verstehen, was sie meinen und ihre Meinung gebührend zu berücksichtigen.

## 5.2 Urteilsfähigkeit

Das Schweizerische Zivilgesetzbuch verzichtet darauf, in Art. 16 ZGB für die Urteilsfähigkeit eines Menschen ein Alter zu nennen. Mutter (2007, S. 1) beschreibt die Urteilsfähigkeit damit, dass eine Person sowohl die Fähigkeit besitzen muss, Sinn und Wirkung einer bestimmten Handlung zu erkennen wie auch fähig sein muss, gemäss vernünftiger Erkenntnis zu handeln. Bezüglich bestimmter Handlungen kann ein 12-jähriges Kind also urteilsfähig sein (z.B. das Kind kauft sich ein Spielzeug von seinem Taschengeld), währenddem es in Bezug auf eine andere Handlung noch nicht urteilsfähig ist (z.B. das Kind beschliesst zu heiraten). Sicherlich ist es so, dass ein 14-jähriges Kind besser abschätzen kann, welche Konsequenzen eine Fremdplatzierung hat, als ein 6-jähriges Kind. Im Sinne des obersten Gebots der Kinderrechte ist es aber angezeigt, für das Zustandekommen der Urteilsfähigkeit von Kindern aktiv beizutragen, indem man dem Kind Zeit, Raum und professionelle Unterstützung gönnt (Lücker-Babel, 1999. S. 295).

## 6 Quality4Children

In Europa wachsen hunderttausende von Kindern nicht in ihren Herkunftsfamilien auf und leben in einer ausserfamiliären Betreuung, welche um das Wohl und die Entwicklung der Kinder besorgt ist. Ist das Betreuungsumfeld dieser Kinder jedoch unangemessen, so wird die Entwicklung der Kinder beeinträchtigt und ihre Rechte werden verletzt. Vor diesem Hintergrund forderte die UN-Kommission für die Rechte des Kindes im Jahre 2004 die Entwicklung von Richtlinien zum Schutz von Kindern in einer ausserfamiliären Betreuung (Quality4Children, 2008, S. 8). Resultierend aus dieser Forderung wurde das Projekt Quality4Children von den drei internationalen Organisationen FICE (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen), IFCO (Internationale Organisation für Pflegeunterbringung) und SOS-Kinderdorf ins Leben gerufen. Aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen kamen diese drei Organisationen zum Schluss, dass unbedingt Qualitätsstandards für die ausserfamiliäre Betreuung benötigt werden. Für ein Europa, das die wirtschaftliche Entwicklung in den Vordergrund stellt, sind gesamt-europäische Initiativen nötig, um die sozialen Herausforderungen zu bewältigen (Quality4Children, 2008, S. 8). So wurden mit dem Projekt Quality4Children Standards für die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern und Jugendlichen erarbeitet, um die Entwicklung dieser Kinder und Jugendlichen in Europa zu verbessern. Diese Standards sollen nicht nur für Fachpersonen als Anregung, Information und Orientierung dienen, son-



dern auch für die betroffenen Kinder und ihre Herkunftsfamilien. Insgesamt wurden 18 Standards entwickelt, die sich vom Entscheidungs- und Aufnahmeprozess bis zum Austrittsprozess erstrecken. Hierfür wurden Good Practice-Geschichten von Personen mit Erfahrung im Bereich der ausserfamiliären Betreuung in 32 Ländern Europas erhoben und anschliessend ausgewertet. 49% der Geschichten stammen von Kindern und Jugendlichen mit Erfahrung in der ausserfamiliären Betreuung, 11,5% von leiblichen Eltern, 32% von Betreuer bzw. Betreuerinnen und 7,5% von anderen Personen (Sozialarbeiter bzw. Sozialarbeiterinnen, Juristen bzw. Juristinnen, etc.) (Quality4Children, 2008, S. 11). Mit dem Fokus auf der Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess einer Fremdplatzierung werde ich in der Folge ausschliesslich auf jene Standards näher eingehen, die sich mit der Entscheidungsfindung befassen. Der Entscheidungsprozess in Bezug auf eine Fremdplatzierung beinhaltet die Erfassung der Bedürfnisse des Kindes und seiner Familiensituation und die Entscheidung darüber, welche die beste Lösung für das Kind ist. Er ist abgeschlossen, wenn sich alle beteiligten Personen über die Betreuungsform und den konkreten Lebensort des Kindes geeinigt haben. Von grosser Wichtigkeit ist, dass alle Personen, die direkt an der Entwicklung des Kindes beteiligt sind, alle relevanten Informationen über den Entscheidungsprozess bekommen und diese austauschen (Quality4Children, 2008, S. 18).

## **6.1 Standard 1: Das Kind und seine Herkunftsfamilie werden während des Entscheidungsprozesses unterstützt**

Sowohl das Kind wie auch seine Herkunftsfamilie haben das Recht auf eine Intervention, wenn sie ihre Lebenssituation verändern möchten oder wenn es die Situation erfordert. Hierfür benennt die Kinderschutzbehörde unmittelbar eine Person, die dafür verantwortlich ist, das Kind und seine Herkunftsfamilie während des Entscheidungsprozesses (und wenn möglich während der gesamten ausserfamiliären Betreuungszeit) zu unterstützen. Diese verantwortliche Person sollte für das Kind während des gesamten Entscheidungsprozesses verfügbar sein, um die Situation des Kindes zu klären und um das Kind und seine Herkunftsfamilie zu unterstützen. Im Idealfall übt die verantwortliche Person eine überwachende und eine unterstützende Funktion aus. Ebenso wird die verantwortliche Person damit beauftragt, sich aktiv für die verschiedenen Sichtweisen der Situation des Kindes zu interessieren und alle beteiligten Personen über ihre Rechte zu informieren. Sie bindet alle beteiligten Personen ein, die zu einer Klärung der Situation des Kindes beitragen können. Die verantwortliche Person hört

allen beteiligten Personen zu, behandelt sie alle mit gleichem Respekt und legt die Optionen des Kindes offen dar (Quality4Children, 2008, S. 19 ff.).

## 6.2 Standard 2: Das Kind wird befähigt, am Entscheidungsprozess teilzunehmen

Das Kind wird von den beteiligten Parteien gehört und respektiert. Die verantwortliche Person informiert das Kind sorgfältig und auf eine kindgerechte Art und stellt sicher, dass das Kind diese Informationen auch versteht. Zudem ermittelt sie die Meinung des Kindes und sucht nach einem Weg, dass seine Sichtweise respektiert und berücksichtigt wird (Quality4Children, 2008, S. 21).

## 6.3 Standard 3: Ein professionell gestalteter Entscheidungsprozess stellt die bestmögliche Betreuung für das Kind sicher

Personen, die direkt an der Entwicklung des Kindes beteiligt sind, arbeiten zusammen und nutzen hierfür ihre jeweiligen Fachkenntnisse. Für einen professionellen Entscheidungsprozess ist es notwendig, dass die verantwortliche Person folgende Punkte berücksichtigt:

- Sie stellt sicher, dass der Prozess partizipativ und transparent ist. Sie sammelt alle Informationen, dokumentiert diese klar und informiert die involvierten Parteien auf sensible Art.
- Sie evaluiert die möglichen Auswirkungen der Massnahme sorgfältig und stellt sicher, dass alle beteiligten Personen sich der möglichen Konsequenzen einer ausserfamiliären Betreuung bewusst sind.
- Sie stellt sicher, dass im Entscheidungsprozess eine alternative Fremdbetreuung überlegt wird, falls sich herausstellt, dass die ursprüngliche Option nicht geeignet ist.
- Sie stellt sicher, die Abklärungen sorgfältig durchgeführt werden und auf der Basis der erhobenen Daten eine Entscheidung getroffen wird, welche das Wohl des Kindes garantiert.
- Sie berücksichtigt der kulturelle, soziale, religiöse und medizinische Hintergrund des Kindes bei der Wahl des bestmöglichen Lebensortes (Quality4Children, 2008, S. 22 ff.).

## 7 Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung

Wie aus dem Kapitel 2.7 hervorgeht, haben die Resultate der Nationalfondsstudie (Arnold et al., 2008) gezeigt, dass Kinder und Jugendliche in der Schweiz kaum am Prozess zur Fremdplatzierung teilnehmen können. Nebst dem vielgenannten Vorbehalt in Bezug auf das Alter äussern Sozialarbeitende aber auch Bedenken in Bezug auf die unrealistischen Vorstellungen der Kinder und geben an, dass ihrer Ansicht nach der Einbezug von Kindern die Massnahmeplanung aufwändiger und komplizierter mache (Arnold et al., 2008, S. 214). Als weiteren Grund, der aus Sicht der Sozialarbeitenden gegen eine Partizipation von Kindern spricht, wurde die geringe Auswahlmöglichkeit an zur Verfügung stehenden Plätzen in Heimen und Pflegefamilien genannt. Die Tatsache, dass Kinder vor allem bei zivilrechtlichen Massnahmen noch immer vorwiegend als Objekt verstanden werden, das es zu schützen gilt, ist ein weiterer Punkt, der die Selbstverständlichkeit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Hilfeplanung oftmals verhindert. Eine Orientierung an den Kinderrechten in Bezug auf die Fremdplatzierung verlangt jedoch, das Kind nicht nur als Träger von Bedürfnissen wahrzunehmen, sondern als eigene Rechtspersönlichkeit und damit als Subjekt auch in rechtlicher Hinsicht zu verstehen (s. Kapitel 4.2). Dieser Paradigmenwechsel von einem Ansatz, der sich an den kindlichen Bedürfnissen orientiert hin zu einer an den Rechten des Kindes orientierten Sichtweise, hat Folgen für das Selbstverständnis und das Arbeiten der Sozialarbeitenden, die mit Kindern und für Kinder tätig sind. Kapitel 2.2 zeigt uns auf, dass die föderalistischen Strukturen in der Schweiz landesweiten verbindlichen Vorgaben und Instrumenten für die Planung einer ausserfamiliären Platzierung und somit auch für die Berücksichtigung anerkannter Regeln der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Wege stehen.

### 7.1 Vorschlag für die Umsetzung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung

Die dieser Arbeit zu Grunde liegenden Themen wie die UN-Kinderrechte (s. Kapitel 2.1), der Kindeswille (s. Kapitel 3), die Partizipation (s. Kapitel 4) und die Standards von Quality4Children (s. Kapitel 6) machen deutlich, dass es unabdingbar ist, Kinder und Jugendliche in Prozesse, die sie betreffen, einzubeziehen. Dies gilt auch für den Indikationsprozess zur Fremdplatzierung. Was ist jedoch genau zu beachten bei der konkreten Umsetzung der oben beschriebenen Ausführungen? In der Folge arbeite ich

einen Vorschlag für eine sinnvolle Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung aus. Hierbei geht es einerseits um einzelne Schritte, die meiner Meinung nach als Voraussetzung für eine gelingende Partizipation berücksichtigt werden müssen, andererseits aber auch um den Beitrag, der die zuständige Fachperson leisten kann, um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zu unterstützen (s. Kapitel 7.2).

Ausführungen zu den Themen Kindeswillen, Partizipation und Urteilsfähigkeit decken sich dahingehend, dass für den wirklichen Miteinbezug eines Kindes die persönliche Entwicklung und die Reife des Kindes weit massgebender sind, als das Alter (s. Kapitel 3.2.2., 4.3 und 5.2). Deshalb werde auch ich im nachfolgenden Vorschlag nicht auf unterschiedliche Altersstufen eingehen. Er ist in seiner Spannbreite gedacht für Kinder von 6 bis 18 Jahren. Meines Erachtens ist es notwendig, auch Kinder unter 6 Jahren in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Es ist jedoch zu prüfen, welche Methoden und Techniken hierfür angemessen sind. Auf diese Frage wird hier aber nicht näher eingegangen.

Zudem ist dieser Vorschlag ausgerichtet auf die Tätigkeit in einer Jugend- und Familienberatung im Kanton Zürich. Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen von anderen Institutionen (z.B. Jugendanwaltschaft und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst, Schulpsychologischer Dienst), welche ebenfalls Kinder und Jugendliche in ausserfamiliäre Institutionen platzieren, mögen hier Parallelen zu ihrer Arbeit finden. Ihr Platzierungsauftrag unterscheidet sich jedoch von jenem der Jugend- und Familienberatung, weshalb es da und dort zu Abweichungen kommen kann.

Der Sozialarbeiter bzw. die Sozialarbeiterin werde ich in der Folge der Einfachheit halber mit Fachperson umschreiben.

### 7.1.1 Kontaktaufnahme zum Kind

Geht man davon aus, dass eine Fremdplatzierung oft die letzte in einer Reihe von geprüften Kindesschutzmassnahmen ist, um Spannungen und Probleme in einer Familie bewältigen zu können (s. Kapitel 2.4), ist es wahrscheinlich, dass die Herkunftsfamilie bereits in Beratung bei einer Jugend- und Familienberatung oder einer anderen Fachstelle ist. In diesem Fall kann eventuell an den bisherigen Verlauf der Beratung angeknüpft werden und es besteht der Vorteil, dass sich das Kind, seine Eltern und die zuständige Fachperson schon kennen. Dies kann allenfalls helfen, Reaktionen vom Kind und/oder den Eltern besser einzuschätzen. Unabhängig davon, ob die Fachperson das

Kind schon kennt oder nicht, sind folgende Punkte bei der Kontaktaufnahme zum Kind zu beachten:

- Das Kind darf erst dann in den Gedanken einer Fremdplatzierung eingeweiht werden, wenn es für die zuständige Fachperson unbestritten ist, dass unter anderen Lösungen auch eine Fremdplatzierung in Frage kommt. Im Hinblick darauf, dass eine Fremdplatzierung ein einschneidender Eingriff in ein Familiensystem ist (s. Kapitel 2.6), ist es meines Erachtens unabdingbar, dass sich die zuständige Fachperson der Tragweite dieser Massnahme bei jedem Schritt bewusst ist.
- Es ist wichtig, das Kind für ein Gespräch über weiterführende Massnahmen mittels eines Briefes offiziell einzuladen. Dies gibt ihm das Gefühl, mit seinen Wünschen und Gefühlen ernst genommen zu werden. Wie aus Kapitel 4.2 hervorgeht, muss das Kind als Subjekt und somit als ernstzunehmendes Gegenüber verstanden werden.
- Von Vorteil ist sicher, den Brief altersadäquat zu formulieren und zu gestalten. Bei kleineren Kindern heisst dies z.B., dass der Brief keine zu langen Sätze enthalten darf und mit einfachen verständlichen Worten ausformuliert sein soll (s. Kapitel 5.1). Alle Kinder fühlen sich in der Regel auch durch ein Bild angesprochen.
- Mit dem Brief teilt die zuständige Fachperson dem Kind mit, dass sie wissen möchte, welche Wünsche und Vorstellungen es in Bezug auf das anstehende Problem hat und darum mit ihm darüber sprechen möchte. Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet die Fachpersonen, Kindern die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung frei zu äussern zu allen Angelegenheiten, die sie persönlich betreffen (s. Kapitel 2.1). Auf diesen Umstand machen auch die Standards von Quality4Children aufmerksam (s. Kapitel 6).
- Die zuständige Fachperson schlägt ein Setting für das erste Treffen vor, lässt dem Kind aber die Option, diesen Vorschlag abzuändern, falls es dies möchte. Es ist meiner Meinung nach wichtig, das Kind im Indikationsprozess zur Fremdplatzierung gut zu begleiten und zu unterstützen. Dies verlangt allem voran, das Kind als Persönlichkeit mit seinen Vorstellungen zu kennen und dies zu berücksichtigen (s. Kapitel 4.2).
- Über die schriftliche Einladung an das Kind müssen die Eltern seitens der Fachperson informiert und nach ihrer Unterstützung gefragt werden (z.B. mittels eines Telefongesprächs). Bei Kindern (ca. bis 12-jährig) kann es sinnvoll sein,

mit einem Elternteil vorgängig das Setting für den Erstkontakt zu besprechen und ihn zu bitten, zusammen mit dem Kind den Brief zu öffnen und ihn dem Kind zu erklären. Die Fachwelt ist sich einig darin, dass eine gelungene ausserfamiliäre Fremdplatzierung unter anderem stark von der Haltung der Eltern abhängt (s. Kapitel 2.7). Auch dieser Punkt deckt sich mit den Standards von Quality4Children, welche betonen, wie wichtig es ist, alle beteiligten Personen in den Prozess einzubinden, die zu einer Klärung der Situation des Kindes beitragen können (s. Kapitel 6.1). Meiner Meinung nach gehören die Eltern mit nur wenigen Ausnahmen immer dazu.

### 7.1.2 Setting

Wie soeben erwähnt, ist es die Aufgabe der Fachperson, alle Personen, die zur Klärung der Situation des Kindes beitragen können, einzubinden und den Prozess zur Fremdplatzierung partizipativ und transparent zu gestalten (s. Kapitel 6.1 und 6.3). Insofern ist es wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, mit wem wie kommuniziert wird. Nebst den Gesprächen mit den Kindern ist es notwendig, dass sowohl die Eltern als auch andere involvierte Fachpersonen in den Prozess eingebunden und vor allem immer wieder über den Stand der Dinge informiert werden. Auf den Austausch zwischen den involvierten Fachpersonen möchte ich hier nicht näher eingehen. Unbestritten ist meiner Meinung nach, dass es notwendig ist, mit dem Kind alleine Gespräche zu führen, hin und wieder aber auch die Eltern dazu bei zu ziehen. Zudem erachte ich es als angezeigt, in der Endphase des Indikationsprozesses eine so genannte Standortbestimmung durchzuführen, an der alle involvierten Personen gleichermassen die Möglichkeit haben, sich daran zu beteiligen. Nur so ist es möglich, dass alle Beteiligten den gleichen Informationsstand haben. In welcher Umgebung und Zusammensetzung soll aber das Gespräch mit dem Kind stattfinden? Und will ich dem Kind Hilfsmittel zur Verfügung stellen und wenn ja welche? In Bezug auf das Setting erachte ich folgende Punkte für wichtig:

- Gespräche mit Kindern und Jugendlichen sollten nach Möglichkeit immer in einer Umgebung geführt werden, in denen es ihnen wohl ist. Dies macht es ihnen einfacher, über schwierige und persönliche Dinge zu reden (s. Kapitel 3.4.2). für Kinder kann es hilfreich sein, wenn sie bei einem Erstgespräch in gewohnter Umgebung (z.B. bei ihnen zu Hause, im Kindergarten oder in der Schule) sein können. In meiner Praxis habe ich zudem immer wieder die Erfahrung gemacht, dass es Jugendliche zuweilen schätzen, wenn man mit ihnen

einen Spaziergang macht oder etwas zusammen trinken geht. Als Fachperson ist es jedoch wichtig darauf zu achten, dass das Kind nicht gestört oder abgelenkt wird und ein Gespräch im ruhigen Rahmen möglich ist.

- Nach Möglichkeit sollte das Gespräch mit dem Kind alleine geführt werden (s. Kapitel 3.2.4). Dies ermöglicht es ihm, unbefangen über seine Situation zu sprechen. Äussert das Kind den Wunsch nach der Anwesenheit einer ihm vertrauten Person, muss der mögliche Einfluss dieser Person auf das Kind berücksichtigt werden (s. Kapitel 3.2.3). Selbst wenn in Bezug auf den Einfluss der Vertrauensperson eine ungute Vermutung vorhanden ist, kann es meines Erachtens in Betracht gezogen werden, zur Unterstützung des Kindes, die von ihm gewünschte Drittperson an ein Erstgespräch einzuladen. Ziel muss es aber bleiben, mit dem Kind in Zukunft alleine Gespräche zu führen. Für Kinder mit einer besonders schwierigen Ausgangslage (z.B. traumatisiert) kann die Begleitung einer Vertrauensperson bei einem Erstgespräch Sinn machen. Ich habe jedoch in der Praxis die Erfahrung gemacht, dass Kinder bereit sind für ein Gespräch mit einer Fachperson alleine.
- Unter Umständen kann es sinnvoll sein, eine Kollegin/einen Kollegen für ein Gespräch bei zu ziehen, sollte die zuständige Fachperson über zu wenig Erfahrung in der Gesprächsführung mit Kindern verfügen. In einem solchen Fall muss jedoch vorgängig geprüft werden, ob dies nicht eine zusätzliche Belastung für das Kind ist.
- Für ein Gespräch mit Kindern ist es meines Erachtens sehr hilfreich, Hilfsmittel zur Verfügung zu haben. Playmobilfiguren, kleine Plastiktiere und Plüschtiere, etc. eignen sich gut, um eine Situation optisch darzustellen und probeweise auf dem Tisch Veränderungen herbeizuführen. Aber auch Papier und Farbstifte sollten immer vorhanden sein, für den Fall, dass das Kind eine Situation oder eine Idee zeichnen möchte. Auch dienen Papier und Farbstifte für die Visualisierung spezifischer Diskussionspunkte oder zum Festhalten von getroffenen Abmachungen. Gerade Kindern, welche noch nicht fähig sind hypothetisch zu denken (s. Kapitel 5.1.1), können Hilfsmittel auf dem Tisch helfen, ihre Gedanken und Überlegungen zu ordnen.

### 7.1.3 Gesprächsführung

Das Gespräch muss inhaltlich gut vorbereitet sein und es sollte in etwa einen zeitlichen Rahmen gesetzt werden. Eine gute Vorbereitung hilft, den roten Faden nicht zu verlie-

ren und sich voll und ganz auf das Gegenüber – das Kind – zu konzentrieren. In der Folge unterscheide ich zwischen der formalen (wie mit dem Kind gesprochen wird) und der inhaltlichen (was mit dem Kind besprochen wird) Ebene in der Gesprächsführung.

#### *Formale Ebene*

- Zur Einführung muss dem Kind erklärt werden, weshalb dieses Gespräch stattfindet. Die Fachperson muss sich vorstellen und dem Kind erklären, welche Rolle sie hat (s. Kapitel 6.1).
- Oft hilft es, das Eis zu brechen, wenn das Kind zunächst einmal etwas von sich erzählen kann (z.B. über die Schule, über seine Hobbies, etc.) (s. Kapitel 4.2).
- Es muss im Gespräch mit dem Kind auf eine altersadäquate Sprache geachtet werden, die kurze und mit einfachen Worten formulierte Sätze beinhaltet. Kindergartenkinder und Unterstufenkinder haben noch Mühe damit, zu viele Informationen bündeln zu können (s. Kapitel 5.1). Die Gefahr besteht also, sie mit zu vielen Informationen zu überfordern.
- Im gleichen Zusammenhang empfiehlt es sich, nur eine Frage pro Satz zu formulieren (keine Doppelfragen). Dies hilft dem Kind auch gedanklich Schritt für Schritt vorwärts zu gehen und Missverständnisse zu vermeiden (s. Kapitel 5.1). Sicherlich ist es so, dass mit älteren Kindern und Jugendlichen in einem anderen Tempo gesprochen werden kann. Meines Erachtens ist es aber wichtig, dass sich die Fachperson darauf konzentriert, dass ihr das Kind vis-à-vis auch wirklich folgen kann (s. Kapitel 6.2).
- Das Anwenden von offenen W-Fragen (Was? Wann? Wo? Wie? Warum?) hat den Vorteil, dass differenzierte Antworten gefördert, Antwortinhalte vertieft und darum Intentionen besser erkannt werden können (Dettenborn, 2007, S. 99). Insofern hat das Kind die Chance, seine Meinung nochmals zu überdenken, zu erkennen, weshalb es diese Meinung vertritt und sie allenfalls zu revidieren. Wenn sich die Fachperson aktiv für das Gegenüber interessiert, nimmt sie es als Subjekt wahr, was für die Partizipation eine Voraussetzung ist (s. Kapitel 4.2).
- Aussagen des Kindes dürfen in keiner Art und Weise gewertet werden. Dies ist meines Erachtens ebenfalls ein Indiz dafür, dass dem Kind die Fähigkeit zugetraut wird, entsprechend seiner Reife eine eigene Haltung zu entwickeln und diese zu vertreten (s. Kapitel 4.3).
- Die Fachperson bringt dem Kind Verständnis und Empathie für seine Situation entgegen. Meiner Meinung nach fördert dies auch, dass das Kind seine Betroffenheit wahrnehmen kann. Dies trägt wesentlich dazu bei, dass es seine Situa-



tion verstehen kann, über seine Bedürfnisse und Wünsche Bescheid weiss und somit aktiv zu Veränderungen beitragen zu kann (s. Kapitel 4.3).

- Dem Kind muss genügend Zeit zum Überlegen gegeben werden, wobei auch ein Schweigen seinen Platz haben muss (s. Kapitel 3.2.4 und 4.5)
- In Betracht gezogen werden kann, anhand der von Dettenborn beschriebenen Stadien des Kindeswillens (s. Kapitel 3.2.1) hin und wieder zu überprüfen, wo sich das Kind in Bezug auf seine Meinungsbildung befindet. Eine solche Überprüfung kann Aufschluss darüber geben, wie sattelfest das Kind mit seiner Meinung ist und wo es allenfalls noch verunsichert ist.

#### *Inhaltliche Ebene*

- Das Kind hat ein Recht darauf, von der zuständigen Fachperson sorgfältig informiert zu werden (s. Kapitel 6.2). Dies bedingt, dass mit dem Kind über seine aktuelle familiäre Situation geredet wird und anstehende Schwierigkeiten aber auch vorhandene Ressourcen mit ihm besprochen werden. Zentral ist meiner Meinung nach, dass die Fachperson immer wieder überprüft, ob das Kind diese Informationen auch verstanden hat (s. Kapitel 6.1).
- Das Kind muss von der Fachperson danach gefragt werden, was aus seiner Sicht die beste Lösung für das anstehende Problem ist. Es ist staatsvertraglich garantiert, dass ein Kind seine Meinung frei äussern kann und diese Meinung auch berücksichtigt wird (s. Kapitel 2.1). Insofern ist es meines Erachtens ein absolutes Muss, Überlegungen und Wünsche des Kindes zu erkunden und nach Möglichkeit in der Massnahmenplanung zu berücksichtigen (s. Kapitel 4.2.).
- Für das Kind muss es verständlich und nachvollziehbar sein, weshalb die Fachperson unter anderen Möglichkeiten auch eine ausserfamiliäre Fremdplatzierung in Betracht zieht. Wenn von einem Kind verlangt wird, sich mit einem so einschneidenden Schritt wie dem Weggehen von seiner Familie auseinanderzusetzen, so ist es notwendig, dass das Kind auch die dahinter stehenden Überlegungen versteht (s. Kapitel 2.7). Nur so ist es ihm möglich, sich aktiv am Entscheidungsprozess zu beteiligen.
- Das Kind muss die Auswirkungen der Massnahme seinem Alter und seiner Entwicklung entsprechend nachvollziehen und einschätzen können (s. Kapitel 5.1 und 6.3). Hierfür zeigt die Fachperson ihm Vor- und Nachteile der Massnahme auf.

- Das Kind muss die Möglichkeit haben, die Fachperson in absehbarer Zeit zu erreichen, sofern aus seiner Sicht das Bedürfnis besteht (s. Kapitel 6.1). Dies stärkt die Beziehung zwischen Fachperson und Kind und entspricht einer wahrhaftigen Begleitung und Unterstützung im Indikationsprozess.

#### 7.1.4 Umgang mit der vom Kind geäußerten Meinung

Abgestützt auf den Umgang mit dem Kindeswillen (s. Kapitel 3.2.5) schlage ich vor, mit der vom Kind geäußerten Meinung im Zusammenhang mit der Partizipation von Kindern am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung wie folgt umzugehen:

- Die Meinung des Kindes muss wertfrei zur Kenntnis genommen werden. Es ist wichtig, dass das Kind wahrnimmt, dass es mit seiner Meinung ernst genommen wird und ihm die Fachperson auch zutraut, eine eigenständige Haltung zu entwickeln (s. Kapitel 4.3).
- Die Meinung des Kindes muss immer in den Zusammenhang mit seinem Lebenskontext und seinen Beziehungen gebracht werden. Sie ist deshalb in Bezug auf ihre psychologische Qualität zu überprüfen. Es könnte sein, dass das Kind von einer Drittperson stark beeinflusst wird oder sonstige Faktoren, seine Meinungsbildung stark beeinträchtigen. Zusammen mit dem Kind sollte erörtert werden, wie es zu seiner Meinungsfindung gekommen ist (s. Kapitel 7.1.3). Zudem muss das Kind auf allfällige Unwegsamkeiten in Bezug auf die Umsetzung aufmerksam gemacht werden.
- Partizipation heisst nicht, dass Kinder frei bestimmen können und entbindet Erwachsene weder von ihrer Verantwortung noch von ihrer Vorbildfunktion. Partizipation bedeutet, dem Kind die Möglichkeit zu geben, sich zu seiner Lage frei zu äussern (s. Kapitel 4.5). Die Meinung des Kindes sollte wenn möglich in der weiteren Massnahmeplanung ihren Niederschlag finden. Hat sich die Fachperson gründlich mit den Bedürfnissen und Wünschen des Kindes auseinandergesetzt, fällt sie – unter Berücksichtigung des Kindeswohls – einen definitiven Entscheid über das weitere Vorgehen. Das Kindeswohl muss bei allen Massnahmen, die das Kind betreffen, vorrangig berücksichtigt werden (s. Kapitel 4.6). Steht die Meinung des Kindes im Widerspruch zum Kindeswohl, so muss die Fachperson diesbezüglich mit dem Kind in die Auseinandersetzung gehen. Es ist meiner Meinung nach wichtig, dass die Fachperson begründet und erklärt, weshalb sie ein der Meinung des Kindes widersprechendes Vorgehen favorisiert, auf das Kind eingeht wenn es die Entscheidung der Fachperson hinter-

fragt und in Kauf nimmt, dass weitere Schritte neu ausgehandelt werden müssen (s. Kapitel 4.2). Wird dem Kind mit dem nötigen Respekt begegnet, kann es die Meinung der Fachperson sicher besser akzeptieren, da es sich als Gegenüber verstanden fühlt.

### 7.1.5 Platzierung gegen den Willen der Eltern und/oder des Kindes

Es kommt immer wieder vor, dass sich Eltern, aber auch Kinder nicht mit dem Gedanken an eine allfällige ausserfamiliäre Fremdbetreuung abfinden wollen. Bei vielen Eltern löst ein solcher Gedanke das ungute Gefühl aus, versagt zu haben und Kinder haben Angst davor, sich von Gewohnheiten zu lösen, die ihnen Geborgenheit und Sicherheit vermitteln (s. Kapitel 2.6).

#### *Platzierung gegen den Willen der Eltern*

Was also kann unternommen werden, wenn sich Eltern von Anfang an gegen die Möglichkeit einer Fremdplatzierung stellen? Ist die Entwicklung des Kindes durch den Verbleib bei den Eltern so gefährdet, dass Kindesschutzmassnahmen errichtet werden müssen, kann durch die Vormundschaftsbehörde gegen den Willen der Eltern eine ausserfamiliäre Unterbringung angeordnet werden (s. Kapitel 2.4). Besteht aus Sicht der Fachperson ein Grund, das Kind zu platzieren, kann sie mit einem Bericht bei der Vormundschaftsbehörde eine Fremdplatzierung beantragen. Sofern die Vormundschaftsbehörde die beantragten Kindesschutzmassnahmen errichtet, hat die Fachperson die Fremdplatzierung weiter zu planen und letztlich auch durchzuführen. Der Entscheid der Eltern, sich weder an der Entscheidungsfindung noch an einer allfälligen Massnahmenplanung zu beteiligen, ist – im Sinne der Partizipation – zu akzeptieren. Sofern keine besonderen Gründe dagegen sprechen, erachte ich es aber als sinnvoll, die Eltern transparent und offen über weiterführende Schritte zu informieren. Somit bleibt das Angebot der Partizipation erhalten.

#### *Platzierung gegen den Willen des Kindes*

Verweigert das Kind sämtliche Offerten der Fachperson, sich am Entscheidungsprozess zu beteiligen, gilt auch hier, diesen Entscheid in erster Linie – im Sinne der Achtung vor dem Willen des Kindes – zu akzeptieren. Gleichzeitig ist es aber meines Erachtens wichtig, dem Kind zu signalisieren, dass es sich jederzeit – also auch zu einem späteren Zeitpunkt – an der Massnahmenplanung beteiligen kann. Vielleicht ist das Kind irgendwann bereit, sich dennoch auf eine Auseinandersetzung mit seiner Situation einzulassen. Dann ergibt sich für die Fachperson eine Chance, dem Kind zu be-

gründen und zu erklären, weshalb sie aus fachlicher Sicht zum Schluss kommt, eine Fremdplatzierung ins Auge zu fassen. Somit ist das Kind in den Entscheidungsprozess eingebunden. Von der Fachperson verlangt dies ausser den Fachkenntnissen über Entwicklungspsychologie und über Gesprächsführung mit Kindern, mit viel Empathie auf das Kind einzugehen und seine Bedürfnisse und Wünsche nochmals zu überprüfen. Wie unter Punkt 7.1.4 beschrieben liegt aber die Verantwortung für das weitere Vorgehen bei der Fachperson und bei der InhaberIn der elterlichen Sorge. Werden sich das Kind und die Fachperson nicht einig, so ist es die Aufgabe der Fachperson, diesen Aspekt zu berücksichtigen und mit dem Kind in die Auseinandersetzung zu gehen. Wichtig dabei erscheint mir, das Kind transparent und offen über getroffene Entscheidungen und weiterführende Schritte zu informieren.

### 7.1.6 Notfallplatzierung

Der Notfallplatzierung eigen ist, dass ein Kind aus irgendwelchen Gründen so schnell als möglich – meistens innerhalb eines Tages – platziert werden muss. Dies lässt natürlich wenig Spielraum dafür, ein Kind in die Massnahmeplanung mit einzubeziehen. Oft werden solche Platzierungen in Institutionen unternommen, in denen das Kind nur vorübergehend einen Platz findet und von dort aus nach anderweitigen Lösungen gesucht werden muss. Hierbei erscheint es mir wichtig, das Kind auch nach der Notfallplatzierung möglichst gut zu begleiten. Es muss die Möglichkeit haben, sich am weiteren Entscheidungsprozess, zu beteiligen und aktiv daran teilzunehmen so, wie es unter den Punkten 7.1.1 bis 7.1.4 beschrieben wurde.

### 7.1.7 Kontrollfunktion der Vormundschaftsbehörde

Ist der Indikationsprozess soweit abgeschlossen und steht fest, in welche Institution ein Kind platziert werden soll, so ist es die Aufgabe der Fachperson einen entsprechenden Antrag bei der zuständigen Vormundschaftsbehörde einzureichen, welche über den Entscheid der zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahme fällt (s. Kapitel 2.3). Hier bekommt die Vormundschaftsbehörde meines Erachtens die Gelegenheit, aufgrund eines Rechenschaftsberichts seitens der sozialarbeiterischen Fachperson zu überprüfen, ob sich das Kind tatsächlich am Prozess zur Fremdplatzierung beteiligen konnte oder nicht. Ein solcher Bericht sollte meines Erachtens die Häufigkeit der Kontakte zwischen der Fachperson und dem Kind ersichtlich machen, und auch eine kurze Stellungnahme darüber enthalten, in welcher Form sich das Kind am Prozess zur Fremdplatzierung beteiligt hatte oder nicht. Wurde das Kind nicht in die Massnahmeplanung miteinbezo-

gen, so bedarf es einer Begründung, weshalb dies nicht passiert ist. Im Hinblick darauf, dass die Meinungsäusserung von Kindern und Jugendlichen zu Angelegenheiten, die sie betreffen, staatsvertraglich verankert ist (s. Kapitel 2.1), erachte ich es als zwingend notwendig, dass die Vormundschaftsbehörde künftig ihre Rolle als prüfende Instanz auch in Bezug auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen wahrnimmt. In diesem Zusammenhang gewinnt der Einwand von Zatti (s. Kapitel 2.3) in Bezug auf das fehlende Fachwissen in den Vormundschaftsbehörden meines Erachtens neue Brisanz.

## 7.2 Beitrag der zuständigen Fachperson

Wie ich unter Kapitel 4.4 beschrieben habe, birgt die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auch Risiken. So können Kinder unter dem Vorwand der Partizipation instrumentalisiert werden, indem Erwachsene versuchen, Kinder zu Aussagen und Meinungen zu bringen, die ihrem eigenen Nutzen dienen. Zum anderen – und ich denke dies ist der weitaus häufigere Fall – kann die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zur Alibiveranstaltung verkommen. In diesem Fall wird scheinbare Partizipation zelebriert, doch während Erwachsene sich profilieren, stehen Kinder enttäuscht daneben. Gemäss der unter Kapitel 4.1 beschriebenen Definition von Partizipation, ist entscheidend, dass es um die *verbindliche* Einflussnahme von Kindern und Jugendlichen geht. Was also kann die zuständige Fachperson zu einer gelingenden Partizipation beitragen? Was gilt es nebst dem Fachwissen in Bezug auf die Gesprächsführung und die Stadien der Entwicklung von Kindern ferner zu berücksichtigen? Nachfolgend möchte ich – abgestützt auf die in Kapitel 4.4 erwähnten Merkmale für eine gelingende Partizipation – näher auf ein paar Punkte eingehen. Ich erachte es als zwingend, dass sich die zuständige Fachperson mit diesen Themen auseinandersetzt und sie in die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen einschliesst.

- *Persönliche Haltung der Fachperson*

Die persönliche Haltung der zuständigen Fachperson ist meiner Meinung nach von zentraler Bedeutung. Eine verbindliche Einflussnahme von Kindern und Jugendlichen in die Entscheidungsfindung verlangt, dass ihnen eine solche auch zugetraut wird. Die Fachperson muss also davon überzeugt sein, dass Kinder und Jugendliche fähig und in der Lage sind, eine eigene Meinung und Haltung zu entwickeln und diese entsprechend ihrer Reife auch zu vertreten. Solange Fachpersonen Bedenken haben, Kinder und Jugendliche mit einer Beteiligung an der Entscheidungsfindung zu überfordern (s. Kapitel 2.7) oder sie deren

Vorstellungen als „unrealistisch“ wahrnehmen (s. Kapitel 7), werden sie in ihnen auch kein ernstzunehmendes Gegenüber sehen. Insofern verkommt die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu einer Alibivorstellung.

- *Paradigmenwechsel vom Objekt zum Subjekt*

In dieser Arbeit wurde schon mehrmals darauf hingewiesen, dass Partizipation nur dann funktionieren kann, wenn Kinder und Jugendliche nicht mehr länger als passive Empfänger bzw. Empfängerinnen von Leistungen und Schutzmassnahmen betrachtet werden (s. Kapitel 4.1), sondern wir sie als aktive Mitglieder unserer Gesellschaft respektieren. Dies bedingt jedoch auch für die Erwachsenenwelt allgemein, insbesondere aber für die zuständige Fachperson, dass von ihr gefällte Entscheide unter Umständen von Kindern hinterfragt werden und dass Grenzen und Problemlösungen allenfalls neu ausgehandelt werden müssen. Zudem geht die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auch mit einem gewissen „Kontrollverlust“ auf Seiten der Fachperson einher, wenn Kinder und Jugendliche eigenständiger und unabhängiger werden. Es ist wichtig, dass sich Fachpersonen mit diesem Thema näher auseinandersetzen und ihre Haltung, aber auch die Art und Weise, wie sie mit Kindern und Jugendlichen umgehen, immer wieder reflektieren.

- *Transparenz*

Unter Transparenz wird in erster Linie verstanden, dass die zuständige Fachperson den Auftrag hat, dem Kind alle wichtigen Informationen weiterzugeben, die im Zusammenhang mit der Massnahmenplanung stehen (s. Kapitel 4.4). Meiner Meinung nach beinhaltet diese Information auch, dass dem Kind offen gelegt wird, welche Möglichkeiten es überhaupt hat. So muss es z.B. wissen, dass es überhaupt nur eine beschränkte Anzahl zur Verfügung stehender Heimplätze hat (dies hilft ihm, seine Lage von Anfang an richtig einzuschätzen). Aber auch über seine rechtliche Situation (und die damit zusammenhängenden Möglichkeiten) muss das Kind informiert werden. Die Fachperson ist meines Erachtens dafür verantwortlich, dass das Kind all diese Informationen sowohl grammatikalisch wie auch inhaltlich versteht als auch fähig ist, mögliche Konsequenzen abzuleiten. Dies muss sie immer wieder überprüfen.

- *Offenheit*

Offenheit im Sinne von Ehrlichkeit ist ein sehr wichtiger Punkt (s. Kapitel 4.4). Die Fachperson sollte sich dem Kind gegenüber kongruent verhalten. Dies unterstützt die Glaubwürdigkeit der Fachperson. Je ehrlicher die Fachperson ge-

genüber dem Kind ist – in allen Belangen der Massnahmenplanung – desto eher wird das Vertrauen des Kindes in die Partizipation aber auch der Fachperson gegenüber gestärkt. Darunter verstehe ich auch, dass die Fachperson zu ihrer Meinung steht und die Auseinandersetzung mit dem Kind auf respektvoller Ebene nicht scheut. Sowohl die erwachsene Person wie auch das Kind können von einer konstruktiven auf Respekt basierenden Auseinandersetzung profitieren.

- *Verbindlichkeit*

Die Ergebnisse der Partizipation von Kindern und Jugendlichen müssen für diese spürbar oder ersichtlich sein (s. Kapitel 4.4). Dies heisst, dass die Fachperson sich selber an Abmachungen zu halten hat und auch vom Kind verlangt, dass es sich an Abmachungen hält. Somit hat das Kind auch das Gefühl, dass es ernst genommen wird. Verbindlich heisst, spürbar zu sein und eine Beziehung zum Kind aufzubauen oder diese zumindest von Seiten der Fachperson immer wieder im Auge zu haben. Eine Beziehung beinhaltet aber auch, Differenzen auszuhalten und – wenn nötig – in die Auseinandersetzung zu gehen.

- *Unmittelbarkeit*

Kinder haben ein anderes Zeitgefühl als erwachsene Menschen. Dessen muss sich die Fachperson bewusst sein und die Anliegen des Kindes, welches in eine Massnahmeplanung miteinbezogen ist, prioritär behandeln. Dies gibt dem Kind das Gefühl, dass es gehört wird und Ergebnisse der Partizipation sind für das Kind spürbar.

- *Kontinuität*

Der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sollte zur Selbstverständlichkeit werden (s. Kapitel 4.4). Es bedingt, dass sie in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zum Alltag gehört. In Bezug auf die ausserfamiliäre Platzierung bedeutet dies, dass das Kind kontinuierlich in den Prozess miteinbezogen wird – vom ersten Kontakt in der Jugend- und Familienberatung bis zum Fallabschluss – entweder weil das Kind keine Dienstleistung der Jugendhilfe mehr braucht oder weil es volljährig geworden.

### 7.3 Grenzen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Indikationsprozess zur Fremdplatzierung

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung stösst aber auch an ihre Grenzen. Wie bereits beschrieben kann es sein, dass

ein Kind seine Beteiligung am Entscheidungsprozess verweigert (s. Kapitel 7.1.5). Gründe hierfür können sein, dass es auf keinen Fall platziert werden will oder aber auch, dass es befürchtet, durch seine Aussagen negative Folgen für sich, seine Eltern oder andere nahe stehenden Personen zu erzeugen (s. Kapitel 3.2.4). Ein anderer Grund, der die Partizipation von Kindern und Jugendlichen begrenzt, kann ihr psychischer Zustand sein. Wenn Kinder stark traumatisiert sind, psychisch und/oder physisch misshandelt oder sexuell ausgebeutet wurden, so kann es zur Überforderung für sie werden, sich zu öffnen und sich aktiv an der Massnahmenplanung zu beteiligen. Letztlich ist es immer die Aufgabe der zuständigen Fachperson, so zu handeln, damit das Kind in die Lage versetzt und befähigt wird, in den Entscheidungsprozess einzusteigen und es so partizipieren kann.

## 8 Schlussfolgerung

Der beschriebene Vorschlag für eine sinnvolle Umsetzung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist vielmehr ein Versuch, die verbindlichen Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention in die Praxis umzusetzen. Auch wenn heute Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnt, so mangelt es leider in vielen Bereichen, wo Kinder und Jugendliche von Entscheidungen und Veränderungen betroffen sind, oft an ihrem Einbezug. Dies schlägt sich auch in der Massnahmeplanung zur Fremdplatzierung nieder.

### 8.1 Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis

In Bezug auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Massnahmeplanung zur Fremdplatzierung macht die UN-Kinderrechtskonvention eigentlich klare Vorgaben: Kindern und Jugendlichen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Meinung frei zu äussern. Diese Meinung ist in Angelegenheiten, die sie betreffen, angemessen und ihrer Reife entsprechend zu berücksichtigen (s. Kapitel 2.1). Die Schweiz hatte zwar 1997 die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert, doch mit deren Umsetzung im Detail tun sich die Fachleute schwer. Es fehlt an landesweiten und kantonalen rechtlichen Vorgaben in der Schweiz, die einen Prozess zur Fremdplatzierung vereinheitlichen könnten und eine Grundlage für die Einführung von allgemeingültigen Standards bieten würden (s. Kapitel 2.2 und 2.3). Auch finden kaum Fachdiskussionen, über die Ausgestaltung der Partizipation bei pädagogischen Prozessen statt (s. Kapitel 4.1). Im Bereich der Massnahmeplanung zur Fremdplatzierung sind Fachpersonen mit einer komplexen



Aufgabenstellung konfrontiert. Einerseits fühlen sie sich dem Kindeswohl verpflichtet, andererseits haben sie es aber oft mit erschwerenden Sachzwängen zu tun. So bedingt z. B. der Mangel an guten Heimplätzen, dass schon im Vorfeld die Bedürfnisse auf das Angebot zugeschnitten werden müssen, anstatt dies umgekehrt zu tun. Aber auch der Zeitdruck engt oft eine genaue Bedürfnisabklärung ein und verleitet zu schnellem Handeln, welches längerfristig gesehen nicht unbedingt angezeigt gewesen wäre (s. Kapitel 2.7).

Doch gerade weil der Prozess, der zu einer Fremdplatzierung führt, solch hohe Anforderungen an die Beteiligten stellt, ist es notwendig alle Beteiligten einzubeziehen. Ist die Kommunikation gewährleistet, erfolgt ein Austausch zwischen und mit allen Beteiligten und darin ist auch das Kind mit eingeschlossen. Im Wissen darum, dass das Gelingen einer Fremdplatzierung nicht unwesentlich von der Haltung und dem Kooperationswillen der Eltern abhängt, bemühen sich die Fachpersonen eher darum, deren Wünsche zu berücksichtigen und somit sicher zu stellen, dass sie mit der Unterstützung der Eltern rechnen können (s. Kapitel 2.7). Dem Kindeswohl gerecht zu werden, heisst aber in erster Linie, dass das Kind informiert wird, die Gelegenheit hat, seinen Willen zu äussern und dieser auch ernst genommen und in die Planung und den Prozess einbezogen wird (s. Kapitel 3). Ohne dass Fachpersonen Kindern und Jugendlichen zutrauen, dass diese eine eigene Haltung entwickeln und diese auch vertreten können, kann echte Partizipation nicht stattfinden. Es ist unabdingbar, dass sich Sozialarbeitende an den von der Schweiz ratifizierten Kinderrechten orientieren. Dies bedarf, dass sie sich lösen von der Vorstellung das Kind sei Träger bzw. Trägerin von Bedürfnissen und akzeptieren, dass Kinder und Jugendliche eigenständige Personen mit Rechten sind, welche einen Anspruch darauf haben, sich am Prozess zur Fremdplatzierung zu beteiligen. Es stellt sich also nicht die Frage, ob wir Kinder und Jugendliche am Fremdplatzierungsprozess partizipieren lassen, sondern wie diese Partizipation genau auszusehen hat. Nachdem ich den Vorschlag für eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung ausgearbeitet hatte, fiel mir auf, dass dieser keine bahnbrechenden Neuigkeiten beinhaltet. Es geht viel mehr darum, Schritt für Schritt vorwärts zu gehen und das Augenmerk darauf zu richten, dass das Kind versteht, um was es geht, es zu ermutigen, seine Meinung hierzu frei zu äussern und diese Meinung zu berücksichtigen. Auch wenn es mit dieser Haltung nicht mehr Heimplätze gibt und auch oft unter Zeitdruck platziert werden muss, so bin ich dennoch davon überzeugt, dass unter dem Strich mit dem Einbezug von Kindern und Jugendlichen mit mehr Erfolg platziert werden kann. Die Beteiligung von Kin-

dern und Jugendlichen ermöglicht es ihnen, den Prozess nachzuvollziehen, was eine Platzierung positiv beeinflusst, da Kinder und Jugendliche aufgrund ihres Mitwirkens am Entscheid motivierter sind.

## 8.2 Weiterführende Schritte

Unbestritten ist es also von grosser Dringlichkeit, dass auch in der Schweiz Standards eingeführt werden, welche den Miteinbezug von Kindern und Jugendlichen in Platzierungsprozesse als selbstverständlichen Verfahrensschritt etablieren. Mit den Standards von Quality4Children (s. Kapitel 6) existieren bereits gute Leitplanken, um eine echte Partizipation von Kindern und Jugendlichen umzusetzen. Diese Standards müssen jedoch vertieft und auf die Praxis bezogene Instrumente und Vorgaben erarbeitet werden, damit eine Partizipation im Sinne der echten Teilnahme möglich ist. Hierzu gehören meines Erachtens auch Instrumente zur Qualitätsüberprüfung. Weil es sich bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an der Massnahmeplanung um ein Recht handelt, muss die Möglichkeit geschaffen werden, zu überprüfen, ob sie tatsächlich am Prozess partizipieren konnten oder nicht.

Allem voran ist es zudem notwendig, dass der in dieser Arbeit mehrmals zitierte Paradigmenwechsel vollzogen wird. Ohne dass Fachpersonen – ja die Gesellschaft überhaupt – Kinder und Jugendliche in erster Linie als Subjekte wahrnehmen, die fähig und in der Lage sind, eigene Meinungen zu entwickeln und diese auch entsprechend ihrer Reife zu vertreten, ist eine echte Partizipation nicht möglich (s. Kapitel 4.3). Diese Meinung der Kinder zu hören und zu berücksichtigen ist die Pflicht von Erwachsenen. Es ist deshalb unabdingbar, dass unter Sozialarbeitenden die Frage nach der Ausformulierung des Begriffs „Partizipation“ im Rahmen der Fremdplatzierung neu diskutiert wird. Hierzu braucht es meines Erachtens eine Vernetzungsplattform, anhand der es möglich ist, Erfahrungen auszutauschen und somit die Anforderungen an die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Fremdplatzierungsprozess stetig weiterzuentwickeln und qualitativ zu verbessern. Ebenso wichtig ist es, dass sich Sozialarbeitende weiterbilden, sich somit die notwendigen Qualifikationen für die praktische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aneignen und diese regelmässig auffrischen und verbessern.

Letztlich ist die Schweiz dazu verpflichtet, alle Massnahmen auf allen Ebenen (politische, gesetzgeberische, gesellschaftliche und administrative) zu treffen, um die Kinderrechte umzusetzen. Insofern ist es auch der Auftrag von Sozialtätigen, auf allen Ebe-

nen aktiv zu sein und somit die Verankerung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen voranzutreiben.

### 8.3 Fazit

Abschliessend möchte ich nochmals auf die Definition des Ausdrucks „Partizipation“ zurückkommen (s. Kapitel 4.1): *„Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist die verbindliche Einflussnahme von Kindern und Jugendlichen auf Planungs- und Entscheidungsprozesse, von denen sie betroffen sind, mittels ihnen angepasster Formen und Methoden.“* Damit Kinder und Jugendliche also verbindlich Einfluss nehmen können, müssen sie ihre Rechte vermittelt bekommen. Kinder und Jugendliche haben ein Anrecht darauf, dass sie so informiert werden, dass sie es auch verstehen und aufgrund der Information in die Lage versetzt werden, sich eine eigene Meinung zu bilden. Kinder, die ihre Rechte kennen, fordern diese mit Selbstverständlichkeit auch ein und sind zudem besser vor Gefährdungen geschützt. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen schafft einen Bezug zu ihrer Lebenswelt. Können sie erleben oder sehen, dass ihre Beteiligung am Prozess zur Fremdplatzierung eine Auswirkung hat, so wird ihnen damit das Gefühl von Selbstwirksamkeit vermittelt und ihr Selbstbewusstsein wird gestärkt.

Eine Fremdplatzierung ist – und das ist meines Erachtens unbestritten – immer ein einschneidender Eingriff für Kinder und Jugendliche und ihre Familie. Sie ist verbunden mit Entbehrungen und Unsicherheiten und verlangt von ihnen grosse Flexibilität. Umso wichtiger ist es also, dass Kinder und Jugendliche von Anfang an – nämlich schon dann, wenn die Fremdplatzierung erst eine Möglichkeit unter anderen ist – in den Entscheidungsprozess miteinbezogen und ihre Wünsche und Bedürfnisse berücksichtigt werden. Ich bin davon überzeugt, dass sich Kinder und Jugendliche, die zum Schweigen verurteilt sind, früher oder später Gehör verschaffen werden durch auffällige psychische oder psychosomatische Reaktionen oder nonverbale Signale. Darum muss es in Zukunft das Ziel sein, dass der Einbezug von Kindern und Jugendlichen in den Indikationsprozess zur Fremdplatzierung nicht von der Sensibilisierung der zuständigen Fachperson abhängig ist, sondern Kinder und Jugendliche müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen das Recht der Partizipation zusteht und sie sich in jedem Fall beteiligen können.

## 9 Persönliche Erklärung zur Masterthesis

Hiermit erkläre ich, die vorliegende Masterthesis mit dem Titel „Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Indikationsprozess zur Fremdplatzierung“ selbständig verfasst zu haben und keine anderen als die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen benutzt zu haben.

Zürich, 2. März 2009

Katharina Felder

## Literaturhinweise

- Arnold C., Huwiler K., Raulf B., Tanner H. & Wicki T. (2008). *Pflegefamilien und Heimplatzierungen: eine empirische Studie über den Hilfeprozess und die Partizipation von Eltern und Kindern*. Zürich: Rüegger.
- Berk, L.E. (2005). *Entwicklungspsychologie*. München: Pearson Studium.
- Blülle, St. (1996). *Ausserfamiliäre Platzierung: ein Leitfaden für zuweisende und platzierungsbegleitende Fachleute: Wann? Wo? Wie?*. Zürich: Geschäftsstelle Schweizerischer Fachverband für Sozial- und Heilpädagogik.
- Brauchli, A. (1982). *Kindeswohl als Maxime des Rechts*. Zürich: Schulthess.
- Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (1907/2006). *Schweizerisches Zivilgesetzbuch*. Zürich: Libéralis.
- Cassée, K. (2007). *Kompetenzorientierung – Eine Methodik für die Kinder- und Jugendhilfe*. Bern: Haupt.
- Cottier, M. (2006). *Subjekt oder Objekt? Partizipation von Kindern in Jugendstraf- und zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren. Eine rechtssoziologische Untersuchung aus der Geschlechterperspektive*. Basel: Dissertation der Juristischen Fakultät der Universität Basel. Bern: Stämpfli.
- Dettenborn, H. (2007). *Kindeswohl und Kindeswille: psychologische und rechtliche Aspekte*. München: Reinhardt.
- Dettenborn, H., Eginhard, W. (2002). *Familienrechtspsychologie*. München: Reinhardt.
- Deusinger, I. M. (2002). *Wohlbefinden bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen*. Göttingen: Hogrefe.
- Jaun, T. (1999). „Durch Identifikation zu Verantwortungsbewusstsein“: Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Chance für eine nachhaltige Entwicklung. In R. Kaufmann-Hayoz, Chr. Künzli (Hrsg.), „...man kann ja nicht einfach aussteigen“ *Kinder und Jugendliche zwischen Umweltangst und Konsumlust*. (S. 261-274). Zürich: vdf Hochschulverlag der ETH Zürich.
- Jaun, T. (2001). *Angst vor Kindern? Die Notwendigkeit der Kinderpartizipation und Wege dazu*. Bern: BMLV.
- Leimgruber W., Meier Th. & Sablonier, R. (1998). *Das Hilfswerk für Kinder der Landstrasse – historische Studie aufgrund der Akten der Stiftung Pro Juventute im Schweizerischen Bundesarchiv*. Bern: Schweizerisches Bundesarchiv
- Lempp, R. (1983). *Gerichtliche Kinder- und Jugendpsychiatrie*. Bern: Haupt.
- Lücker-Babel, M.-F. (1999). Kinderpartizipation und Kindermitsprache in Umweltfragen: die neue internationale Gesetzgebung. In R. Kaufmann-Hayoz, Chr. Künzli (Hrsg.), „...man kann ja nicht einfach aussteigen“ *Kinder und Jugendliche zwischen*

*Umweltangst und Konsumlust.* (S. 275-298). Zürich: vdf Hochschulverlag der ETH Zürich.

Mutter, Y. (2007). *Rechtsvertretung von Kindern und Jugendlichen.* Unveröffentlichtes Manuskript, Hochschule für Soziale Arbeit, Zürich.

Quality4Children Schweiz (2008). *Quality4Children Standards in der ausserfamiliären Betreuung in Europa.* Zürich: Ropress.

Studer, E. (2008). *Chancen und Risiken für die Prävention am Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe im Kanton Zürich.* Unveröffentlichtes Manuskript. Amt für Jugend und Berufsberatung des Kantons Zürich, Fachbereich Familie und Jugend.

Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Stand am 1. Mai 2007). Available: [http://www.adim.ch/ch/d/sf/0\\_107/](http://www.adim.ch/ch/d/sf/0_107/)

Zatti, K. (2005). *Das Pflegekinderwesen in der Schweiz. Analyse, Qualitätsentwicklung und Professionalisierung. Expertenbericht im Auftrag des Bundesamtes für Justiz* Available: [http://www.bj.admin.ch/etc/medialib/data/gesellschaft/gesetzgebung/pflegekinder.Par.0001.File.Tmp/ber\\_pflegekinder-d.pdf](http://www.bj.admin.ch/etc/medialib/data/gesellschaft/gesetzgebung/pflegekinder.Par.0001.File.Tmp/ber_pflegekinder-d.pdf)

Zollinger, A. (2005). Das Kindeswohl als Chance im Scheidungsprozess. In Marie Meierhofer-Institut für das Kind (Hrsg.), *Ich bin wütend und hab geweint: Scheidung – Perspektiven der Kinder – Kinderanwaltschaftliches Engagement* (S.15 – 21). Zürich: Ohne Verlag.

## Verzeichnis von Tabellen

Tabelle 1: *Einbezug der Kinder und Jugendlichen in die Entscheidung über die Platzierung aus Sicht der Sozialarbeitenden.* S. 13

Tabelle 2: *Einbezug der Kinder in den Platzierungsentscheid in Abhängigkeit vom Alter.* S. 13

Tabelle 3: *Wissensstand der Kinder in Abhängigkeit vom Alter.* S. 14

Tabelle 4: *Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an der Problemlösung in Abhängigkeit vom Alter.* S. 14

Tabelle 5: *Einbezug der Eltern und Kinder in die Zielformulierung.* S. 15

## Anhang 1:

### Vollständige Ausformulierung der UN-Kinderrechte, auf welche in dieser Arbeit Bezug genommen wird

#### Art. 2

(1) Die Vertragsstaaten achten die in diesem Übereinkommen festgelegten Rechte und gewährleisten sie jedem ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Kind ohne jede Diskriminierung unabhängig von der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, einer Behinderung, der Geburt oder des sonstigen Status des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Massnahmen, um sicherzustellen, dass das Kind vor allen Formen der Diskriminierung oder Bestrafung wegen des Status, der Tätigkeiten, der Meinungsäusserungen oder der Weltanschauung seiner Eltern, seines Vormunds oder seiner Familienangehörigen geschützt wird.

#### Art. 3

1) Bei allen Massnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Kind unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten seiner Eltern, seines Vormunds oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen den Schutz und die Fürsorge zu gewährleisten, die zu seinem Wohlergehen notwendig sind; zu diesem Zweck treffen sie alle geeigneten Gesetzgebungs- und Verwaltungsmassnahmen.

(3) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass die für die Fürsorge für das Kind oder dessen Schutz verantwortlichen Institutionen, Dienste und Einrichtungen den von den zuständigen Behörden festgelegten Normen entsprechen, insbesondere im Bereich der Sicherheit und der Gesundheit sowie hinsichtlich der Zahl und der fachlichen Eignung des Personals und des Bestehens einer ausreichenden Aufsicht.

#### Art. 6

(1) Die Vertragsstaaten erkennen an, dass jedes Kind ein angeborenes Recht auf Leben hat.

(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten in grösstmöglichem Umfang das Überleben und die Entwicklung des Kindes.

#### Art. 7

(1) Das Kind ist unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen und hat das Recht auf einen Namen von Geburt an, das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu



erwerben, und soweit möglich das Recht, seine Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden.

(2) Die Vertragsstaaten stellen die Verwirklichung dieser Rechte im Einklang mit ihrem innerstaatlichen Recht und mit ihren Verpflichtungen aufgrund der einschlägigen internationalen Übereinkünfte in diesem Bereich sicher, insbesondere für den Fall, dass das Kind sonst staatenlos wäre.

#### Art. 9

(1) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass ein Kind nicht gegen den Willen seiner Eltern von diesen getrennt wird, es sei denn, dass die zuständigen Behörden in einer gerichtlich nachprüfaren Entscheidung nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren bestimmen, dass diese Trennung zum Wohl des Kindes notwendig ist. Eine solche Entscheidung kann im Einzelfall notwendig werden, wie etwa wenn das Kind durch die Eltern misshandelt oder vernachlässigt wird oder wenn bei getrennt lebenden Eltern eine Entscheidung über den Aufenthaltsort des Kindes zu treffen ist.

(2) In Verfahren nach Absatz 1 ist allen Beteiligten Gelegenheit zu geben, am Verfahren teilzunehmen und ihre Meinung zu äussern.

(3) Die Vertragsstaaten achten das Recht des Kindes, das von einem oder beiden Elternteilen getrennt ist, regelmässige persönliche Beziehungen und unmittelbare Kontakte zu beiden Elternteilen zu pflegen, soweit dies nicht dem Wohl des Kindes widerspricht.

(4) Ist die Trennung Folge einer von einem Vertragsstaat eingeleiteten Massnahme, wie etwa einer Freiheitsentziehung, Freiheitsstrafe, Landesverweisung oder Abschiebung oder des Todes eines oder beider Elternteile oder des Kindes (auch eines Todes, der aus irgendeinem Grund eintritt, während der Betreffende sich in staatlichem Gewahrsam befindet), so erteilt der Vertragsstaat auf Antrag den Eltern, dem Kind oder gegebenenfalls einem anderen Familienangehörigen die wesentlichen Auskünfte über den Verbleib des oder der abwesenden Familienangehörigen, sofern dies nicht dem Wohl des Kindes abträglich wäre. Die Vertragsstaaten stellen ferner sicher, dass allein die Stellung eines solchen Antrags keine nachteiligen Folgen für den oder die Betroffenen hat.

#### Art. 12

(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äussern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

### Art. 13

(1) Das Kind hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht schliesst die Freiheit ein, ungeachtet der Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere vom Kind gewählte Mittel sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.

(2) Die Ausübung dieses Rechts kann bestimmten, gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die erforderlich sind

- a) für die Achtung der Rechte oder des Rufes anderer oder
- b) für den Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), der Volksgesundheit oder der öffentlichen Sittlichkeit.

### Art. 18

(1) Die Vertragsstaaten bemühen sich nach besten Kräften, die Anerkennung des Grundsatzes sicherzustellen, dass beide Elternteile gemeinsam für die Erziehung und Entwicklung des Kindes verantwortlich sind. Für die Erziehung und Entwicklung des Kindes sind in erster Linie die Eltern oder gegebenenfalls der Vormund verantwortlich. Dabei ist das Wohl des Kindes ihr Grundanliegen.

(2) Zur Gewährleistung und Förderung der in diesem Übereinkommen festgelegten Rechte unterstützen die Vertragsstaaten die Eltern und den Vormund in angemessener Weise bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, das Kind zu erziehen, und sorgen für den Ausbau von Institutionen, Einrichtungen und Diensten für die Betreuung von Kindern.

(3) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Massnahmen, um sicherzustellen, dass Kinder berufstätiger Eltern das Recht haben, die für sie in Betracht kommenden Kinderbetreuungsdienste und -einrichtungen zu nutzen.